

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,30 Mk. wöchentlich, 30 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagshefte „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,30 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Verzeichnisse.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 11/11/16.

Die Interaktions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., Kleinanzeigen, das festgebundene Wort 20 Pf., (außerdem 2 festgebundene Worte), jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Interaktion für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Kelegamm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 7. Dezember 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Bukarest und Ploesti genommen!

Asquith nimmt seinen Abschied.

Einnahme von Sinaia. — Die Donau-Armee nähert sich Bukarest. — Säuberung der südwestlichen Walachei. — Schwere russische Angriffe in Waldkarpathen und Trotusul-Tal.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 6. Dezember 1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Abgesehen von auch gestern zeitweilig stärkerem Artilleriekampf im Somme-Gebiet keine besonderen Ereignisse.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Die Stellungen an der Karajowka lagen unter lebhaftem Feuer russischer Artillerie.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph.

In den Waldkarpathen griff der Russe nördlich des Tartaren-Passes und viermal an der Ludowa an. Seine neuen Opfer an Menschen brachten ihm keinen Erfolg. Die Gefangenzahl aus den für uns günstigen Kämpfen am Berch Debray erhöhte sich auf 275 Mann, die Beute auf 5 Maschinengewehre und 4 Minenwerfer.

Im Trotusul-Tal wurde starker russischer Druck gegen die vorderste Linie in der vorbereiteten, unweit rückwärts gelegenen zweiten Stellung aufgefangen.

Die unter Oberst v. Szivo in der südwestlichen Walachei den in Auflösung weichenden rumänischen Kräften folgenden österreich-ungarischen und deutschen Truppen haben den Gegner am Alt zum Kampf gestellt. Der Feind, dem auf dem Ostufer des Flusses der Weg verlegt ist, hat gestern 26 Offiziere, 1600 Mann als Gefangene und 4 Geschütze eingebüßt.

Außer dieser Zahl sind am 5. Dezember über 4400 Rumänen gefangen genommen.

An der Bahn nordwestlich von Bukarest fielen bedeutende Weizenvorräte in unsere Hand, die von der englischen Regierung angekauft durch Schilder als solche gekennzeichnet waren.

An der Dobrudschafront herrscht Ruhe.

Mazedonische Front.

In den Gefechten bei Gradetsnica östlich der Cerna blieben bulgarische Regimenter Sieger über die Serben, die anfangs in einen Teil der Stellung eingedrungen waren.

Weiter südlich sind neue Kämpfe im Gange.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorff.

Amtlich. Berlin, 6. Dezember, abends 8 Uhr 9 Minuten.

Bukarest und Ploesti sind genommen.

Die Einnahme von Bukarest.

Die deutsche Laube girt Frieden. Die deutschen Sozialisten, die im Solde des Kaisers stehen, haben den Auftrag erhalten, ihre Gefinnungsgeoffenen mit Friedensgerede in die Falle zu locken. Deutschland ist am Ende seiner Kräfte, es ist am Zusammenbrechen, nein, es ist schon zusammengebrochen, und darum winselt es nach Frieden. Aber noch hält die Bestie die Pranke auf ihrem Opfer, noch ist der letzte, der entscheidende Stoß nicht getan. Und darum darf es keinen Frieden geben, solange das Werk nicht beendet ist. — So las man es wochenlang in englischen und französischen Blättern, und über dem Ganzen stand groß und breit: Die deutsche Friedensintrige.

Mitten in die Schar der Schwächer kracht der Schlag von Bukarest. Das zusammenbrechende, im Frieden vergeblich Rettung suchende Deutschland kann noch immer Laten vollbringen, die den „Siegern von morgen“ durchaus nicht gelingen wollen. Dies ist die dritte europäische Hauptstadt, in die das deutsche Heer als Sieger einzieht, und diese dritte ist — so will's die Ironie der Weltgeschichte — die Hauptstadt eines Hohenzollern!

Als sich Rumänien entschloß, an der Seite der Verbündeten in den Krieg einzutreten, jubelte man in Rom und Paris, London und Petersburg: „Dies ist die Entscheidung“. Schon sah man die vereinigten Russen und Rumänen Ungarn überschwemmen und Bulgarien erdrücken, gradaus steuerten die Dampfwalzen auf Budapest und Sofia. Jetzt schreibt Herr Gabriel Hanotau im „Figaro“ schnippisch und hochmütig, es sei ja immer die Art der Deutschen gewesen, sich auf die Schwachen zu stürzen. Die Schwachen! Was sagt Trepow?

Bukarest soll nachdenklich stimmen drinnen und draußen. Wir möchten fragen: Ist es möglich, solche Erfolge mit Soldaten zu erringen, die nichts anderes als Maschinen eines militaristischen Kadavergehorsams sind? Kann man im neun- und zwanzigsten Kriegsmontat solche Laten vollbringen, wenn die Massen, die wirklichen großen Massen des Volkes nur noch widerwillig und murrend ihre Pflicht erfüllen? Ist es wahr, daß die tiefe Friedenssehnsucht, die das ganze Land erfüllt und von der offen zu reden wir mutig genug sind, die Quelle militärischer Unkraft ist? Unter den deutschen Soldaten, die gestern in die rumänische Hauptstadt einmarschierten, sind es gewiß nicht die Sozialdemokraten allein, die sich ehrlich zu Weib und Kind nach Hause sehnen. Aber sie tun alle ihre Schuldigkeit, einer wie der andere, und sie werden sie weiter tun, das ganze deutsche Volk wird sie tun, solange dieser entfehlliche Krieg dauert.

Für heute ist Salutsschießen und Glodengeldäute angeordnet. Hoffentlich begreifen sämtliche deutsche Zeitungsschreiber, daß sie weder Kanonen noch Kirchenglocken sind. Auch wenn sie berechtigt sind, stolz zu sein, sollen sie das Wah nicht vergessen, das in den Dingen ist. Auch der Sieg in Rumänien ist ein Sieg der Verteidigung, und er gibt uns nicht die Möglichkeit, die Welt unter uns und unseren Verbündeten aufzuteilen.

Die Gegner mögen noch so schwere Niederlagen erleiden, stark bleiben sie doch! Noch immer können sie, ohne dem Spott zu verfallen, von sich sagen, daß sie geschlagen, aber nicht besiegt sind. Sie sind noch immer so stark und noch immer so wenig besetzt, daß sie ihre Niederlage gar nicht begreifen, sondern glauben, einmal müßte es ihnen doch gelingen. Darum wurde Stürmer durch Trepow erseht, darum soll nun auch Asquith einem starken Manne weichen.

Wir wagen es dennoch! Und wenn die Regierungen es nicht hören wollen, so müssen wir es den Völkern in die Ohren schreien, daß wir den Frieden wollen. Man hat sie belogen, als man ihnen sagte, daß Deutschland vor dem Zusammenbruch stehe. Man hat sie belogen, als man ihnen sagte, daß Deutschland den Frieden suche, um der sonst sicheren Niederlage zu entkommen und seine Gegner um den sicheren Sieg zu pressen. Wie wäre es denn gewesen, wenn die Gegner am 9. November ihre Vereitwilligkeit zu erkennen gegeben hätten, die ihnen angebotenen Verhandlungen aufzunehmen? Wem wäre eine Niederlage erpart geblieben? Wer wäre um einen Sieg geprellt worden?

Jetzt sind die Völker jenseits der Schützengräben vorbereitet, die Wahrheit zu hören. Sagen wir ihnen, daß man sie abermals belogen hat, als man ihnen einredete, Deutschland wolle nur den Frieden, den es diktieren könne. Sagen wir ihnen, daß Deutschland jetzt, gerade jetzt mehr denn je, zu

Der österreichische Bericht.

Wien, 6. Dezember 1916. (W. Z. B.) Amtlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Die Donau-Armee hat westlich der Argeful-Mündung russische Angriffe abgesehen und südwestlich von Bukarest die Ortschaften am rechten Flußufer gesäubert. Die siegreich vordringenden österreichisch-ungarischen und deutschen Kräfte des Generals von Falkenhayn nähern sich der von Bukarest über Ploesti nach Campina führenden Bahn. Österreichisch-ungarische Truppen haben, in nördlicher Richtung vorstößend, den Feind bei Sinaia geworfen und besetzten den Ort. Die Kampfgruppe des Obersten von Szivo erreichte, die in der Westwalachei abgeschnittenen rumänischen Truppen vor sich her treibend, den unteren Alt. Hier kam es zu neuen Gefechten, bei denen wir 26 Offiziere, 1600 Mann, vier Geschütze und drei Maschinengewehre einbrachten.

Heeresfront des Generalobersten Erzherzog Joseph.

Im Bazka-Tal und nordwestlich von Soos Mezö wurden den Rumänen wichtige Stützpunkte entzogen, wobei sie 150 Mann, zwei Maschinengewehre und verschiedenes Kriegsgerät einbüßten. Nordwestlich von Sultia drückte und ein starker russischer Angriff in die einen Kilometer westlich angelegte zweite Linie zurück. Im Ludowa-Gebiet und nordwestlich des Tartaren-Passes scheiterten alle russischen Angriffe. Am 3. d. Mts. bewarf ein R. und K. Flugzeuggeschwader das Baradenlager Ciungi mit Bomben. Es erzielte, ohne selbst Schaden zu leiden, mehrere Treffer.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Keine besonderen Ereignisse.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

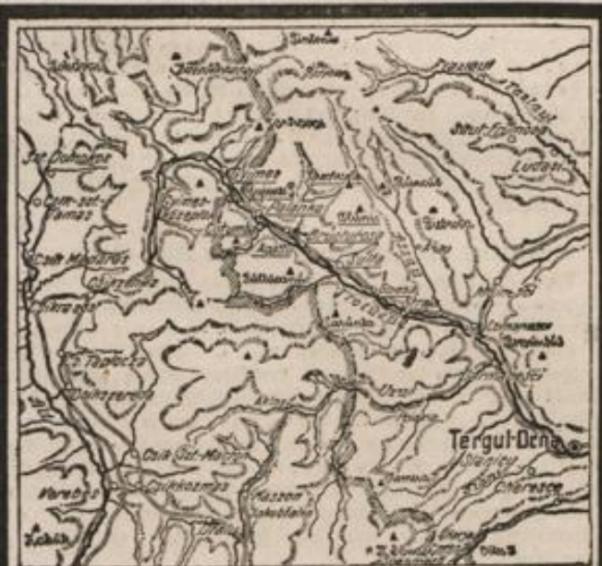
Nichts von Belang.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Seefer, Feldmarschalleutnant.

Ereignisse zur See.

In der Nacht vom 4. auf den 5. Dezember hat eines unserer Seekriegsgefahrer die militärischen Objekte von Monsalcone mit schweren Bomben erfolgreich belegt. Trotz heftigen Abwehrfeuers sind alle Seekriegszeuge unverfehrt eingerückt.

Flottenkommands.



Die russischen Angriffe im Trotusul-Tal

Nördlich des Ditoz-Passes gelang die Wegnahme eines russischen Stützpunktes bei geringem eigenen Verlust. 60 Gefangene blieben in der Hand der deutschen Angreifer.

Im Bazka-Tal, südöstlich des Beckens von Rezdivasarehly brachte ein von deutschen und österreich-ungarischen Truppen ausgeführter Handstreich ein beträchtliches Stück rumänischer Stellung mit 2 Offizieren, über 80 Mann und viel dort aufgestapelter Munition in unseren Besitz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Die siegreich vordringende 9. Armee nähert sich kämpfend der Bahn Bukarest-Ploesti-Campina.

Unter der Einwirkung dieser Bewegung räumte der Gegner seine Stellungen nördlich von Sinaia, das am Abend von österreich-ungarischen Truppen nach Kampf genommen wurde.

Die Donau-Armee hat die auf dem Südufer des Argeful noch von Rumänen besetzten Orte gesäubert. Sie ist im Vordringen auf Bukarest.

An der Donau sind russische Angriffe von Osten her zurückgeschlagen worden.

einem Frieden der Verständigung bereit ist, daß es ebenso bereit ist, die große Stärke seiner vereinigten Gegner anzuerkennen, wie es auf Anerkennung seiner eigenen unüberwindlichen Lichthelligkeit Anspruch hat. Sagen wir, daß wir mit ihnen zu verhandeln bereit sind, nicht als Sieger mit dem Besiegten, sondern gleich als gleich, daß wir nicht fordern wollen, ohne zu gewähren, nicht nehmen wollen, ohne zu geben, daß wir die Freiheit der Völker nicht mindern, sondern mehren wollen.

Wer will uns das als „Zeichen der Schwäche“ auslegen — am Tage nach Bukarest!? Wer kann noch behaupten, daß solche Reden die Kraft unserer Volksgenossen im Felde lähmen? Nie ist lauter, leidenschaftlicher in Deutschland vom Frieden geredet worden als in den letzten Wochen. Und doch haben diese Wochen den vielleicht wunderbarsten Erfolg zur Reife gebracht, der Deutschland in diesem Kriege beschieden war:

Die feindlichen Regierungen haben nicht den Mut zum Frieden. Die deutsche kann ihn und muß ihn haben! Und sie muß diesen Mut betätigen — wie die Soldaten den ihren draußen, so sie den ihren daheim — bis die Völker drüben ihre Regierungen davonjagen, die weder Siege erringen, noch Frieden schließen können, oder bis den drüben im Amte befindlichen Regierungen die Erleuchtung kommt.

Der Versuch muß gewagt werden. Wenn er aber offensichtlich durch die Schuld der anderen mißlingt, dann werden wir mit gutem Gewissen ausharren bis zum nächstenmal. Und die Soldaten werden weitermarschieren!

Asquith' Rücktritt.

London, 5. Dezember. Amtlich. Premierminister Asquith hat dem Könige sein Rücktrittsgesuch unterbreitet. Der König ließ Bonar Law zu sich bitten.

London, 5. Dezember. Neutermeldung. Der König hat das Rücktrittsgesuch des Premierministers Asquith angenommen.

Amsterdam, 5. Dezember. Nach einer Depesche aus London melden die dortigen Abendblätter, Lloyd George habe seinen Abschied eingereicht, da ihn Asquith dahin verständigt habe, er könne den Vorschlag von Lloyd George nicht billigen, den Premierminister von dem umzubildenden Kriegsrat auszuschließen.

Rotterdam, 5. Dezember. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ berichtet, in der gestrigen Unterhandlung habe Asquith auf eine Anfrage des liberalen Abgeordneten Dalziel mitgeteilt, daß alle Minister ihm ihre Demission zur Verfügung gestellt haben.

Die Bedeutung der englischen Ministerkrise.

Von M. Veer.

Die jetzt ausgebrochene Ministerkrise, die zu einer Umgestaltung des Kabinetts führte, ist seit einigen Wochen unvermeidlich geworden. Sie hat sowohl äußere wie innere Ursachen. Außerlich ist sie die Folge der Selbsttäuschung des britischen Volkes über die Kriegslage und über die inneren Zustände Deutschlands. Raum war die Sommeroffensive im Gange, als die englische Presse, des Sieges absolut sicher, mit allem Eifer daran ging, die den besiegten Feinden aufzuerlegenden Friedensbedingungen zu verhandeln und in langen Artikelserien auseinanderzusetzen. Die siegesfrohe Stimmung erreichte ihre höchste Potenz mit dem Anschluß Rumäniens an die Verbandsmächte. Der Sieg schien nicht nur sicher, sondern auch so nahe gerückt zu sein, daß die englische Regierung jede Andeutung an eine neutrale Friedensvermittlung als einen feindlichen Akt betrachtete. England beschäftigte sich nicht mehr mit dem Frieden, sondern mit dem Problem der dauernden Niederhaltung des geschlagenen Deutschlands.

Die Monate Oktober und November brachten die Ernüchterung. Die magere Kriegsbilanz an der Somme: die in der Kriegsgeschichte beispiellos dastehenden Blutopfer und der geringe Geländegewinn, der Stillstand der russischen Offensive und der deutsche Vormarsch in Rumänien konnte nicht verschleiern, England zur Befinnung zu bringen. Als dann noch der U-Boot-Kreuzer seine verheerende Wirkung auf die feindlichen und die neutralen Handelsmarine weiter ausübte, und als obendrein die deutschen Torpedoboote kühne Vorstöße nach dem Kanal bis Dover und Folkestone unternahmen, da bemächtigte sich des englischen Volkes ein tiefes Unbehagen, das in scharfen kritischen Feldzügen gegen die Leiter der auswärtigen Politik, der Armee und der Flotte seinen Ausdruck fand. Die politische Depression wurde noch vertieft durch die weitverbreitete, fast rebellische Unzufriedenheit der Volksmassen über die rasche Steigerung der Nahrungsmittelpreise sowie über die wachsenden fortgesetzten Anforderungen der Regierung an das Gut und Blut der Nation.

Die imperialistisch-schutzamerikanische Presse zögerte nicht, diese Stimmungen auszunützen und sie zu Explosivstoffen gegen die liberalen Ueberreste der Regierung zu verdrängen. Das Kabinett Asquith, das aus den allgemeinen Wahlen des Jahres 1911 hervorgegangen war, trat am 4. August 1914 in den Krieg ein. Schon am 2. August sandten die Führer der konservativen Fraktion dem Ministerpräsidenten ein Memorandum, in dem sie ihn aufforderten, sich unverzüglich Frankreich und Rußland anzuschließen und Deutschland den Krieg zu erklären. Das geschah also zu einer Zeit, wo von einer deutschen Invasion Belgiens noch nicht die Rede war. Mit dem Fortgange des Krieges wuchs der Einfluß der Konservativen, bis die liberale Regierung im Mai 1915 gezwungen war, sich in eine Koalitionsregierung zu verwandeln. Nachdem die Konservativen im Kabinett Fuß gefaßt hatten, waren sie unablässig bemüht, die liberalen Elemente vollständig zu verdrängen. Ihr Intrigenspiel war vollständig durchsichtig. Neben dem Wirken für die Rückkehr zum Schutzoll machten sie die skrupellosesten Anstrengungen, den Liberalismus praktisch zu zerschlagen, indem sie die Demagogen der Demokratie, des Sozialismus und der Frauenbewegung in den Kampf gegen die Asquith, Grey und Haldane führten. Lloyd George, den Campbell-Bannerman einst als den David des unberührten Liberalismus begrüßte, der dazu ausersehen sei, den Goliath der Reaktion niederzuwerfen, schloß sich der Koalition gegen seine liberalen Kollegen an und erwies sich als deren trefflicher Minister. Gynman und Burgh in der „Justice“ und in öffentlichen Versammlungen, Blatchford in der „Clarion“, die Panfurst in den Frauenorganen führten seit Monaten einen überaus heftigen Kampf gegen die „deutschfreundliche“ Regierung. Und die Zensur schweigt. Lord Grey wird als

Verräter gebrandmarkt, Lord Haldane als Volksdamast, Asquith als ein impotenter Schwächer. Und doch haben diese liberalen Minister alle Opfer des Intellekts gebracht, die die „Daily Mail“, der „Observer“ und die „Morning Post“ von ihnen verlangt hatten! Die Liberalen haben doch folgende Maßnahmen bewilligt: allgemeine Wehrpflicht, Unterdrückung der Pressefreiheit, Beschränkung des Versammlungsrechts, Schutzollbeschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz, Beschränkung des Asylrechts, Aufhebung der Habeas-corpora-Akte, — kurz, die großen Garantien und die traditionellen Grundlagen der englischen Freiheit sind mit Zustimmung der Liberalen für die Dauer des Krieges teils aufgehoben, teils beschränkt worden.

Also es geht aufs Ganze. Der Krieg, der von der englischen Regierung angeblich geführt wird, um den preussischen Militarismus zu vernichten, wird in den Händen der Konservativen zu einem vernichtenden Feldzug gegen den Liberalismus. Der Krieg Englands erhält jetzt seinen reinsten Ausdruck: Kampf gegen den wirtschaftlichen und maritimen Aufschwung Deutschlands; Kampf gegen die letzten Reste des englischen Liberalismus.

Dieser Krieg im Kriege neigt sich zusehends zugunsten der Konservativen. Dies ist der Sinn der englischen Ministerkrise.

Der Ausgang der englischen Ministerkrise.

Amsterdam, 6. Dezember. Einem hiesigen Blatt wird aus London berichtet, daß gestern ein Gerücht dem anderen folgte. Gegen Abend wurde gemeldet, daß Lloyd George endgültig als Staatssekretär des Krieges zurückgetreten sei. Dies rief große Sensation hervor. In den Berichten wird gesagt, daß Asquith die Bildung eines Kriegsrates, dem er selbst nicht angehört, verweigerte. Lloyd George blieb jedoch auf seinem Standpunkt bestehen und lehnte daher seinen Abschied ein. Asquith habe als guter Patriot eingesehen, daß das Land die guten Dienste Lloyd Georges, dessen Vorgehen durch die französische Presse sympathisch besprochen wurde, nicht entbehren könne, und habe deshalb selbst um seine Entlassung gebeten.

Die „Westminster Gazette“ erklärte gestern noch, daß es Asquith's Pflicht wäre, auf seinem Posten zu bleiben. Wardle, der Vorsitzende der Arbeiterpartei, veröffentlichte gleichfalls eine Erklärung, worin er den Versuch, Asquith zu „kippen“, als eine nicht empfehlenswerte Politik hinstellt. Die irischen Nationalisten schweigen. Die Rekonstruktion des Kabinetts, wozu sich Asquith am Sonntag entschloß, wird nun radikal durchgeführt. Wer jedoch der neue Ministerpräsident sein wird, bleibt noch dahingestellt. Obwohl alle Umstände auf Lloyd George hinweisen, wird er vielleicht verzögert, die Führung des neuen Kriegsrates zu übernehmen und die Führung der Regierung einem anderen Mann überlassen, um nicht den Eindruck zu erwecken, als habe er versucht, an Asquith's Stelle zu treten. Es ist möglich, daß der König auf Asquith's Rat hin Bonar Law mit der Bildung des neuen Kabinetts betrauen wird. Eine Entscheidung wird hierüber bald erwartet. Man hält es auch für möglich, daß Grey zugleich mit Asquith zurücktreten wird und daß Balfour aus der Admiralität ausscheidet. Die Regierung wird ein ganz anderes Aussehen erhalten und aus neuen kräftigen Männern zusammengesetzt werden, welche eine energische Durchführung des Krieges verbürgen.

Die Krise hat doch keinen Einfluß auf die heute amtlich gemeldete Ernennung der beiden neuen Seelords, welche augenscheinlich durch Jellicoe ernannt worden sind. Der zum zweiten Seelord ernannte Sir Buxley war Jellicoes Unterbefehlshaber über die Flotte. Buxley nahm an der internationalen Flotade von Montenegro im Jahre 1913 teil und war eine Zeitlang Gouverneur von Skutari. Der dritte Seelord, Kapitän Lionel Halsey, führte bei den Seegefechten von Helgoland und an der Doggerbank den Befehl über die „Newfoundland“. Später wurde er in Jellicoes Stab aufgenommen und nahm als Kapitän der „Iron Duke“ an der Schlacht bei Jütland teil.

Rotterdam, 5. Dezember. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ berichtet aus London über den weiteren Verlauf der gestrigen Unterhandlung: Die irischen Abgeordneten verlangten eine längere Vertagung des Unterhauses bis auf Donnerstag. Pringle (liberal) sagte, das Haus müsse Urlaub erhalten, um einen freien Gedankenaustausch über die Umbildung des Kabinetts führen zu können.

Bonar Law oder Lloyd George?

London, 6. Dezember. Die „Westminster Gazette“ schreibt, daß die politische Atmosphäre noch in keiner Weise geklärt sei. Die ganze politische Lage befände sich noch im Ungewissen, da Bonar Law der Aufforderung des Königs, ein neues Kabinett zu bilden, nicht entsprechen will. Er hält sich nämlich für nicht geeignet, als erster Minister aufzutreten.

London, 6. Dezember. Die englischen Abendblätter haben bei Besprechung der politischen Krise hervor, daß die neue Regierung überwiegend konservativ sein werde, da sie nicht glauben, daß es Bonar Law, falls er überhaupt annehmen sollte, gelingen wird, die alte Koalition zusammenzuhalten. Wenn Bonar Law die Zusammenstellung des neuen Kabinetts nicht glücken sollte, erwartet man, daß Lloyd George damit beauftragt wird. Unter den Liberalen ist man der Ansicht, daß nur den Konservativen die Möglichkeit zur Führung des Krieges in die Hand gegeben werden müsse. Die liberalen Organe, wie „Daily News“ und „Daily Chronicle“ erklären, daß alle Liberalen die neue Regierung unterstützen werden, da schließlich und endlich der ganze politische Streit nur eine Folge des Wunsches aller Engländer nach größerer Energie in der Kriegführung sei.

Die „Times“ erklären, daß Grey sicherlich zusammen mit Asquith zurücktreten werde, ebenso Mc. Kennan, Runciman, Sarcourt und Crowe, während es unwahrscheinlich sei, daß Balfour und Lansdowne von neuem einen Sitz im Kabinett nehmen werden. Nach Ansicht des Blattes hält das Land Lloyd George für den besten Nachfolger für Asquith. Es sei sehr wahrscheinlich, daß eine Kombination Lloyd George, Bonar Law und Carson gebildet werde.

Unterseeboot und Völkerrecht.

Im norwegischen „Sozialdemokraten“, Kristiania, sind zwei beachtenswerte Aufsätze über die Frage des U-Bootkrieges und des Völkerrechts soeben erschienen, über die wir nicht hinweggehen möchten. Der erste stammt vom Rechtsanwalt Emil Stang, der einen Vergleich zwischen der englischen und deutschen Handelskriegführung vom Standpunkt der Neutralen zieht und zu dem Ergebnis kommt, daß ein völkerrechtlicher Unterschied kaum vorhanden ist. England blockiert die Neutralen, um Deutschland zu treffen, seine schwarzen Listen gegen neutrale Kaufleute, Banken usw., die mit Deutschland Verbindungen unterhalten, dienen dem gleichen Zweck und beschneiden die Rechte der Neutralen. Deutschland

wendet die U-Bootwaffe an, die auf Grund der Konterbandbestimmungen Schiffe und Ladungen der Neutralen vernichten. Beide Länder haben die Banntwarelisten erweitert, ein Unterschied in ihrem Auftreten ist völkerrechtlich nicht zu machen.

Gegen diese Ausführungen wendet sich Dr. Christian B.-H. Karz, der ihnen formalrechtlich zustimmt, aber merkwürdige Einwendungen zugunsten Englands zu machen hat. Er verlangt, daß keine Schiffe versenkt werden dürfen, höchstens könne die Banntwareladung über Bord geworfen werden. Alle Kriegführenden halten den Transport von Banntware für richtig, aber dann müsse auch das Schiff nicht versenkt werden können, weil das nur eine Warnung an den Reeder sei. Banntware nicht zu verfrachten. Die Einwendungen Stangs gegen die englischen schwarzen Listen lehnt er rundweg ab. Ein jeder, „sowohl Ofen und Hansen und ich und der König von England müssen das Recht haben, so viele schwarze Listen zu machen, wie wir daran Vergnügen und Nutzen finden!“ Die Zukunft müsse ein Völkerrecht schaffen, das außer Waffen und Munition alle Erze, Metalle und Kautschuk zur unbedingten Konterbande macht und den Transport von Lebensmitteln an ein angreifendes Land nicht duldet. Da aber England einen Verteidigungskrieg jetzt führt, dürfen Schiffe mit Lebensmitteln nach England nicht torpediert werden — notabene nach den Grundsätzen des Artikelverfassers.

Der Aufsatz ist typisch für die Begriffsverwirrung, die selbst bei neutralen Juristen sich im Kriege geltend macht, je nachdem sie ihre Sympathien dem einen oder anderen Kriegführenden zuwenden. Daß aber jemand die Einrichtung der schwarzen Listen als das gute Recht eines jeden moralisch und rechtlich verteidigen kann, das geht doch über alle Begriffe. Insbesondere sollte das bei einem Sozialdemokraten unmöglich sein, dessen Partei doch oft genug einen schweren Kampf gegen das Prinzip der Berufserklärung zu führen genötigt war. Ebenso unmöglich ist der Versuch, England in die Rolle des Angegriffenen zu versetzen, wo doch alle diplomatischen Urkunden der englischen Regierung den unwiderleglichen Beweis vom Gegenteil erbringen.

Dagegen scheinen uns die Ausführungen Stangs mehr am Platze. Er will die Grundlage eines neuen Völkerrechts mit schaffen helfen und lehnt daher die einseitige Aburteilung des einen oder anderen Kriegführenden ab, weil nach seiner Auffassung ein rechtlicher Unterschied zwischen ihren Methoden nicht vorhanden ist. An dem Wiederaufbau eines internationalen Rechts der Völker ist aber die Sozialdemokratie hervorragend interessiert und daher halten wir den Weg Stangs für den einzig möglichen. (2)

In Athen „verhältnismäßige Ruhe“.

„Die Lage bleibt ernst“.

Genf, 5. Dezember. Die Agence Havas meldet aus Athen: Es herrscht verhältnismäßige Ruhe. Die Lage bleibt ernst. Die Venizelisten sind andauernd Gegenstand feindlicher Kundgebungen und herausfordernder Maßnahmen, wie zum Beispiel von Haus-suchungen.

London, 5. Dezember. Unterhaus. Lord Crewe sagte bei Beantwortung einer Anfrage über die Lage in Griechenland, aus einem Telegramm des britischen Gesandten in Athen gehe hervor, daß bis zu einem gewissen Grade die Ordnung wieder hergestellt sei. Die Reservistenbanden, die, so weit festgestellt werden konnte, mehr oder weniger direkt mit den Angriffen auf die Truppen der Alliierten und mit den an Venizelisten begangenen Greuelthaten in Verbindung standen, seien entlassen worden und die Stadt werde jetzt von regulären Truppen der griechischen Armee bewacht. Inzwischen habe der britische Gesandte den britischen Untertanen geraten, sich nach dem Piräus zu begeben, wo sie sicher untergebracht werden seien. Obgleich keine unmittelbare Gefahr für die Sicherheit des Lebens oder des Besitzes von Engländern in Athen bestehe, so sei doch zu verstehen, daß die britische Regierung nicht den Eindruck zu erwecken wünsche, als betrachte sie die Lage weniger ernst oder als sei die Regierung weniger entschlossen, die Verantwortung für die Ereignisse am 1. Dezember festzulegen und Sicherheiten zu erlangen, daß solche Ausschreitungen nicht wieder vorkämen. Die ganze Frage müsse in Bezug auf flottenrechtliche und militärische Rücksichten erwogen werden.

Venizelos als Schrittmacher der Königsanfrage.

Genf, 5. Dezember. Die Agence Havas meldet aus Saloniki: Die provisorische Regierung hat gestern den Konsuln der Alliierten eine von Venizelos unterzeichnete Erklärung überreicht, in der Entrüstung über den in Athen von königlichen Truppen gegen Truppenabteilungen der Alliierten verübten Anschlag zum Ausdruck gebracht wird. Die Erklärung drückt den Schutzmächten tiefstes Mißgefühl aus und bezeichnet als den einzigen Schuldigen die Athener Regierung, die nach ihrem eigenen Geständnis nur den königlichen Willen vertritt, so daß für ihre Haltung nicht das griechische Volk verantwortlich gemacht werden könne, dessen Handlungs- und Gedankenfreiheit gegenwärtig von einer hassenwertigen Gewalt- und Schreckensherrschaft in Schach gehalten werde.

Die Ententetruppen in der Falle.

London, 5. Dezember. (B. L. N.) Das Reutersche Bureau meldet aus Athen, daß die Truppen der Alliierten am 1. Dezember beim Verziehen der ihnen angewiesenen Stellungen in eine Falle geraten seien. Sie hätten sich in einem gegebenen Augenblick von 25 000 Griechen umzingelt gesehen, ehe überhaupt noch ein Schuß gelöst worden sei. Die Uebergabe oder Vernichtung der Garnison im Zappeion nach Aufhören des Waffenstillstandes sei nur dadurch verhindert worden, daß ein französisches Kriegsschiff mit außerordentlicher Genauigkeit ein paar Granaten dicht am königlichen Palast einschlugen ließ. Die Verluste der Engländer betragen 8 Tote und 40 Verwundete. Seit Beendigung des Waffenstillstandes haben die Griechen wieder die Kontrolle über Post, Telegraphie und Eisenbahnen. Am Sonnabend wurden tausend Venizelisten verhaftet.

Der Kampf in Rumänien und Mazedonien.

Die rumänischen Verluste.

Die Zahl der seit ihrem Eintritt in den Krieg von den Rumänen an Gefangenen verlorenen Truppen beläuft sich auf gegen 100 000. Insgesamt werden die rumänischen Verluste auf 300 000 Mann veranschlagt.

Feindliche Kriegsberichte.

Russischer Bericht vom 5. Dezember. Westfront. An verschiedenen Stellen der ganzen Front Artillerie- und Gewehrfeuer. In den Waldkarpatischen führte der Feind eine Reihe von Angriffen auf die von uns besetzte, vier Werst südlich

Gewerkschaftliches.

Eine Mahnung des Zimmererverbandes an seine Mitglieder im Waffenrock.

An seine einberufenen Mitglieder richtet der Zimmererverband die beherzigenswerte Mahnung, die Organisation nicht zu vermissen, sondern ihr Treue zu bewahren. In einem Flugblatt, das den Kriegerfrauen bei Auszahlung der Weihnachtsunterstützung eingehändig wird, damit sie es ihren Männern im Waffenrock zustellen, wird in anschaulicher Weise ein Bild von der Entwicklung des Verbandes während des Krieges entworfen und gezeigt, wie der Verband den Einwirkungen des Krieges erfolgreich widerstanden hat. Der Zimmererverband ist durch die vielen Einberufungen an Mitglieder sehr geschwächt, finanziell hat er den Krieg jedoch bisher gut überstanden, bei anerkannter Leistung an Unterstühtungen während des Krieges. Die jetzt zur Auszahlung gelangende Weihnachtsunterstützung ist die sechste Unterstühtung an die Familien der Kriegsteilnehmer.

In der Hauptsache verfolgt das Flugblatt den Zweck, eine bessere, möglichst dauernde Verbindung zwischen der Organisation und ihren einberufenen Mitgliedern herzustellen, die aufrecht erhalten werden soll durch die regelmäßige Zustellung des Fachorgans „Der Zimmerer“. Um möglichst mit allen einberufenen Mitgliedern Fühlung zu erhalten, wird in dem Flugblatt den verheirateten Mitgliedern nahegelegt, das Flugblatt nach dem Lesen weiterzugeben an die ihnen bekannten oder mit ihnen dienenden ledigen Mitglieder, mit denen ein Verkehr nur sehr schwer herzustellen ist, weil deren Adressen der Verbandsleitung meistens unbekannt sind. Das Flugblatt kann natürlich auch Nichtmitgliedern verabfolgt werden. Durch ein derartiges Inverbindungsriten mit seinen einberufenen Mitgliedern erhofft der Verbandsvorstand eine Besserung auch insofern, als dadurch die Mitglieder sich ihrer Pflichten gegen die Organisation erinnern und sich bei etwaigen längerer Beurlaubungen oder Abkommandierungen zur Arbeit im Beruf oder außerhalb desselben umgehend beim Verbandsamt melden, was nach den bis jetzt gemachten Erfahrungen leider oft veräuht worden ist, zum Schaden der in Frage kommenden Mitglieder. Mögen alle, die das Flugblatt erhalten, für seine weitestweite Verbreitung Sorge tragen, damit es seinen Zweck erreicht.

Der drohende Kampf der Geschlechter.

Zu dem unter diesem Titel veröffentlichten Artikel von Gertrud Hanna schickt uns die Genossin Helene Steinbach aus Hamburg nachfolgende Zeilen:

Genossin Gertrud Hanna hat recht in ihrem Artikel in der Sonntagsummer des „Vorwärts“ vom 3. Dezember 1916.

Was waren wir damals für Optimisten, als wir glaubten, wir brauchten nur die Tür aufzustößen, mit unserer „Resolution“ auf dem Gewerkschaftskongress 1906, die den Zentralverbänden der Gewerkschaften die Aufnahme der weiblichen Kolleginnen in ihre Organisationen zur Pflicht machte.

Wir wußten, daß nur innerhalb dieser Tür, d. h. innerhalb der Organisation, die starken Waffen lagen, mit deren nutzbringendem Gebrauch es nun galt, die „Konkurrentinnen auf dem Arbeitsmarkt“ zu schulen.

Aber wir hatten uns getäuscht! „Türhüter“ kann jeder sein, aber — „Zehrmeister“ — das ist ein ander Ding!

Wie ist sonst das nur schneidengartige Anwachsen der weiblichen Mitgliederzahl zu verstehen gegenüber dem rapiden Steigen der männlichen Mitglieder in den Organisationen, bei der enormen Zunahme der Frauenarbeit in allen Gewerben?

Ist etwa der jugendliche Nachwuchs unter den männlichen Arbeitern, die, sobald sie aus der Lehre kommen, oder sobald sie das 17. oder 18. Jahr erreicht haben, es als etwas Selbstverständliches betrachten, daß sie in irgend eine Fachorganisation eintreten, so viel „intelligenter“, „verständiger“ oder „praktischer“ als ihre weiblichen Berufsgenossinnen?

Ach nein! Wenn man bedenkt, mit welcher verblüffender Latkraft und Energie in diesen grausamen Zuständen der heutigen Kriegsverhältnisse Hunderttausende der allereinfachsten Frauen und jungen Mädchen sich zu schiden gezwungen sind, und es auch verstehen, dann soll man wahrlich nicht mehr in der üblichen Tonart von den „dummen Weibern“ reden.

Ist es nicht vielmehr das traurigste Zeugnis für die Gleichgültigkeit, die kurzschichtigste Interesslosigkeit der männlichen Kollegen, die jahraus, jahrein neben einer Frau oder einem Mädchen dahinleben können, die sie oft so heiß zu lieben glauben, ohne ihnen das nötige Verständnis zu wecken für die gefährliche Waffe, die ihnen im Kampf ums Dasein Halt und Stütze sein soll?

Genossin Hanna fürchtet „den Kampf der Geschlechter“, der bevorsteht, wenn nach dem Kriege die übriggebliebenen — Männer zurückkommen und ihre Arbeitsplätze von billigen, weiblichen Kräften besetzt finden. Nach dem Kriege wird es sich nicht mehr nur um einen Kampf zwischen Arbeitern und Arbeiterinnen handeln, sondern dann geht's um die absolute Verbilligung der menschlichen Arbeitskraft, mit gleichzeitig ungeahnt steigenden technischen, maschinellen Produktionsmethoden!

Soll dann das wilde Unterbieten der billigsten „Hände“, die sich, unorganisiert, also waffenlos anbetteln, Mann und Weib ins Kollitum stürzen?!

Es ist höchste Zeit!

Jeder Feldgrau und jeder Mann, der noch zu Hause sitzt, rufi Euren Frauen, Töchtern, Bräuten zu: Stellt Euch mit uns in Reich und Glied, schützt mit uns die Zukunft des Proletariats!

Die Vereinbarungen über Feuerungszulagen im Holzgewerbe.

die am 10. November d. J. vor dem Reichsamt des Innern von den Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter abgeschlossen wurden, sind inzwischen zum größten Teil durchgeführt worden. Auch zahlreiche Unternehmervereinigungen und Einzelfirmen, die dem Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe, der allein als Unternehmerorganisation an den Verhandlungen beteiligt war, nicht angeschlossen sind, haben bisher schon auf das Drängen der Holzarbeiter die gleichen Feuerungszulagen (15—20 Pf. die Stunde) bewilligt. Die entsprechenden Forderungen sind von den Arbeitern an sämtliche Unternehmer, Innungen und Unternehmerverbände gestellt worden, so an den Verband der Weismöbelfabrikanten, an die im deutschen Industrieschutzverband (Sitz Dresden) vereinigten Holzindustriellen, an den Verband deutscher Stuhlfabrikanten, an die Klavierfabrikanten, an den Verband deutscher Stockindustrieller, an die Waggonfabriken usw. Während mit mehreren dieser Unternehmerverbände die gleiche Vereinbarung wie mit dem Arbeitgeber-Schutzverband bereits getroffen worden ist, konnte in dem Bezirk des

Rheinisch-Westfälischen Tischlerinnungsverbandes, der unter der Leitung des bekanntesten Innungsführers Rüdelshaus in Essen steht, noch nicht die geringste Annäherung zwischen Arbeitern und Unternehmern erzielt werden. Hier hat sich deshalb, weil der Innungsverband bisher sogar den von den Arbeitern nachgesuchten Verhandlungen ausgemichen ist, die Lage bedenklich zugeeignet. Es ist natürlich Pflicht der Gewerkschaften und liegt ebenso im Interesse der Unternehmer wie der Arbeiter, daß die von dem größten Teil der Unternehmer bewilligten Lohnerhöhungen im ganzen Gewerbe, in allen Städten und Betrieben des Reiches ohne Ausnahme durchgeführt werden, zumal die herrschende Teuerung auf allen Arbeiterfamilien gleichmäßig lastet. Es kann deshalb nur die dringende Erwartung ausgesprochen werden, daß auch die mit dem Rheinisch-Westfälischen Tischlerinnungsverband angebahnten Verhandlungen zu einer Verständigung auf der Grundlage der vor dem Reichsamt des Innern abgeschlossenen Vereinbarung führen und damit die durch das bisherige ablehnende Verhalten des Innungsverbandes hervorgerufene Unzufriedenheit unter den Arbeitern des Holzgewerbes wieder beseitigt wird.

Aus der Partei.

Ausfall zur Kölner Wahl. Am 17. Dezember spricht Scheide-mann in Köln; in der gleichen Versammlung wird sich Genosse Meerfeld als Kandidat für die am 6. Januar stattfindende Reichstagswahl vorstellen. Die Parteileitung macht in der „Rheinischen Zeitung“ darauf aufmerksam, daß zahlreiche Helfer und Helferinnen gebraucht werden.

Ein seltsames Ei. Das jüngste Spartakusflugblatt legt der Groß-Berliner Verbandsleitung zur Last: „Da hat sie (die Verbandsleitung) denn das Ei ausgebrütet, das so aussehen soll, als ob sie etwas zu tun schiene.“ — Eier, die so aussehen, als ob jemand etwas zu tun scheint, sind in der Tat etwas absolut Neues. Woher bezieht das Spartakusflugblatt diese Ruduckdeier?

George Weill schämt sich, Deutscher genannt zu werden. Von der Generalversammlung des sozialistischen Verbandes des Seine-Departements wird der „Voss. Zig.“ über Vern folgende Episode gemeldet:

Zu einem überaus heftigen Zwischenfalle führte das Auftreten des Landesverrätters Georg Weill, der kurz darauf das Wort ergriff. Der Genosse Bourderon, ein „Zimmerwalder“, nannte Weill einen Deutschen. Sofort sprang die ganze Versammlung auf und überschüttete den Zwischenrufer mit Schmäuhungen. Es kam zu einem unbeschreiblichen Tumult, so daß Weill nur mit Mühe seine Rede fortsetzen konnte, in der er die Anhänglichkeit Eliaß-Lothringens an Frankreich pries.

Solange George Weill im Deutschen Reichstag saß, hat er sich durchaus nicht dagegen gestraubt, als Deutscher zu gelten. Heute schämt er sich, wenn man ihn so nennt. Um so schlimmer — für ihn.

IK. Sozialdemokratie und Ernährungsamt in Oesterreich. Für das kürzlich geschaffene Ernährungsamt, das außerordentlich weitgehende Befugnisse erhielt, sollte der bekannte sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Renner als einer der Vizepräsidenten gewonnen werden. Die Partei trug jedoch Bedenken, daß eines ihrer führenden Mitglieder eine verantwortliche Stelle in einer Regierungskörperschaft einnehme, doch ermächtigte sie Dr. Renner, in den Beirat des Amtes einzutreten. Zuvor jedoch war in einer Unterredung mit dem Ministerpräsidenten ausdrücklich betont worden, daß weder Dr. Renner noch die Partei irgendwelche Verantwortung für die Tätigkeit des neuen Amtes übernehme.

A. WERTHEIM

Emaile-Geschirre

Donnerstag - Sonnabend

Extra-Preise

- | | |
|---|---------------------------------------|
| Schmortöpfe ohne Ring 1.15 bis 2.70 | Kasserollen ohne Ring 90 Pf. bis 1.60 |
| Schmortöpfe flach 1.15 bis 1.45 | Milchkocher .. 1.80 bis 2.25 |
| Schmortöpfe mit Ring 2.15 bis 2.50 | Kaffeeflaschen für ¼ Ltr. 55 Pf. |
| Ringtöpfe 1.25 bis 1.90 | Fettlöffelbleche 4.00 |
| Fleischtopfe hoch 5.25 bis 5.75 | Schöpföffel 30 Pf. bis 50 Pf. |
| Maschinentöpfe ohne Ausg. 55 Pf. bis 2.10 | Kaffeeseibe 18 Pf. |
| Maschinentöpfe mit Ausg. 75 Pf. bis 1.30 | Durchschläge ... 80 bis 1.25 |
| Kartoffeldämpfer 3.50 bis 5.00 | Wassertrichter 30 Pf. 60 Pf. |

- | |
|--|
| Schlafzimmer-Eimer |
| dekoriert 7.00 |
| Wassereimer mit Deckel dekoriert 3.65 |
| Milchtöpfe dekoriert 35 Pf. bis 1.80 |
| Brotkapseln deko. 5.65 6.90 |

- | | |
|----------------------------------|-------------------------------------|
| Kaffeekannen 70 Pf. bis 1.75 | Semmel- u. Zwiebelbehälter 1.50 |
| Kaffeetrichter 55 Pf. | Topflappenbehälter .. 1.35 |
| Kaffeetrichter mit Gaze 55 Pf. | Fenstereimer 1.90 |
| Milchtöpfe 55 Pf. | Seifnapfe rund und eckig 40 Pf. |
| Butterdosen 1.15 | Konsole mit Maß . 85 Pf. 1.25 |
| Maße mit Einteilung 1 Liter 1.00 | Wasserkannen grade 1.50 2.00 |
| Handleuchter 45 Pf. | Wasserkrüge gebauht 80 Pf. bis 2.00 |
| Brotkapseln oval .. 4.95 5.90 | Verdampfschalen 2.25 |

- | |
|----------------------------------|
| Tellerwagen 3.25 3.80 6.00 |
| Brottschneidemaschinen 5.25 7.25 |
| Messerputzmaschinen 5.00 7.75 |
| Wringmaschinen 20.00 23.00 |
| Wäscherollen 29.00 31.00 |
| Vorleger Alp. 3.25 4.00 4.75 |
| Rasierapparate 3.50 5.50 |
| Sparschäler 7 u. 25 Pf. |
| Blechdosenöffner 28 Pf. |

Wirtschafts-

- | | |
|---|--|
| Servierbretter Eiche 1.80 bis 3.60 | Robhaarbesen Ia Ausf. 2.60 bis 3.60 |
| Tablets Eiche rund-eckig .. 3.75 bis 6.50 | Robhaarhandfeger Ia Ausführung 1.35 bis 2.00 |
| Rolltischdecken 60 Pf. bis 1.35 | Straubwedel .. 1.15 bis 1.80 |
| Kaffeemühlen Holz 2.70 bis 3.15 | Kleiderbürsten 55 Pf. bis 3.15 |
| Wandkaffeemühl. 3.40 5.50 | Kopfbürsten .. 1.00 bis 2.75 |
| Kohlenkästen mit Deckel lackiert einteil. 3.15 5.85 | Teppichkehrmaschinen 13.00 bis 18.00 |
| Ofenschirme lackiert dreiteilig 5.25 8.00 | Verdampfschalen mittel 1.10 bis 1.70 |
| Ofenschirme lackiert dreiteilig 12.50 bis 20.00 | Schuhleisten 1.60 1.75 2.00 |
| Ofenvorsetzer 1.60 bis 6.00 | Ascheimer 2.00 bis 2.90 |
| | Elserne Ofen 16.00 19.00 24.00 |

Waschkessel
emailliert und verzinkt
sehr preiswert.

Kochgeschirre
„Felsen-Emaille“
extra schwer
darunter:
Schmortöpfe, Fleischtopfe,
Kasserollen
besonders preiswert.

Kartoffelschälmaschine
praktisch und sparsam ... 7.50

Artikel:

- | | |
|---|-----------------------------------|
| Wärmflaschen oval 2.00 bis 2.90 | Eßlöffel Alpaka ... 75 Pf. 1.15 |
| Leibwärmer 1.25 1.80 | Kaffeelöffel Alpaka 50 bis 65 Pf. |
| Brotkörbe lackiert 1.10 bis 1.80 | Eßgabeln Alpaka .. 75 Pf. 1.15 |
| Brotkapseln lackiert 3.75 5.50 | Eßmesser Alpaka 1.15 |
| Konsole Sand Seife Soda 1.10 | |
| Küchenmerktafeln ... 1.00 | |
| Fleischhackmaschinen 3 Schelben 12.50 13.50 | |

- | |
|---|
| Messerkapseln 3.75 5.50 |
| Konsole Sand Seife Soda 1.10 |
| Küchenmerktafeln ... 1.00 |
| Fleischhackmaschinen 3 Schelben 12.50 13.50 |

Lebende Hühner, Gänse, Enten, Gänsepökelfleisch Pf. von 3.75 an

Donnerstag, sowie Vorrat

Lebensmittel

Milfix-Kunstfleisch
Dose 2.20 Kostprob. Leipz. Str. 7 Dosen 1 Postpaket

- | |
|--|
| Bücklinge u. Aale zu Tagespreisen |
| Große holland. Räucherheringe von 78 Pf. Kiste, 100 Stück an, Inhalt 76 M. |
| Muschelfleisch in Gelee Pfund 1.60 4-Liter-Dose .. 9.10 |

- | | | |
|------------------------------------|----------------------------------|--------------------------------|
| Schellfisch in Gelee Pf. 3.20 | Schollen Pfund 85 Pf. | Lebende Aalquappen Pfund 2.60 |
| Rauchfische Pfund 2.60 | Gesalzene Stinte .. Pfund 90 Pf. | Lebende Aale zu Tagespreisen |
| Sardellen (Brabanter) . Pfund 6.00 | Gesalz. Schellfisch . Pfund 1.85 | Grünkohl Pfund 13 Pf. |
| Anchovis Pfund 2.40 | Gesalz. Brosmen ... Pfund 1.85 | Spinat Pfund 35 Pf. |
| Kräuterheringe ... Pfund 2.40 | Gesalzener Dorsch . Pfund 1.35 | Märkische Rübchen 2 Pf. 45 Pf. |

Nächsten Sonntag von 1 Uhr an geöffnet

Abgeordnetenhaus.

43. Sitzung. Mittwoch, den 6. Dezember 1916, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerische: Frh. v. Schorlemer, v. Batocki.

Die Debatte über die Ernährungsfragen

wird fortgesetzt.

Landwirtschaftsminister Frh. v. Schorlemer:

Schutz der landwirtschaftlichen Produktion ist und bleibt die Hauptsache. (Beifall rechts.) Das ist auch das Programm des Kriegsernährungsamtes und des Kriegsrats. Denn die ungehinderte landwirtschaftliche Erzeugung ist von ungeheurer Wichtigkeit für das Vaterland. Deshalb müssen die landwirtschaftlichen Betriebe freigestellt werden. Auch für die landwirtschaftlichen Arbeiter ist geschehen, was möglich war. Leider gibt das Kriegsbilanzgesetz in der Fassung des Reichstags dem Hilfsdienstpflichtigen das Recht, dort Arbeit zu nehmen.

wo der höhere Lohn gezahlt

wird. Das wird einen Anreiz zur Beschäftigung nur in der Industrie ausüben. (Sehr richtig! rechts.) Auf die Pferde in landwirtschaftlichen Betrieben soll nur im äußersten Notfall zurückgegriffen werden. Wenn aber Pferde ausgehoben werden müssen, dann dürfen nicht Friedenspreise, sondern die weit höheren Kriegspreise gezahlt werden. (Sehr richtig! rechts.) Die Versuche zur Behebung der Stickstoffnot befriedigen noch nicht ganz; immerhin werden im Frühjahr 500 000 Tonnen zur Verfügung stehen. Die neue Verordnung über die Zuckerrüben entspricht allen billigen Wünschen der Produzenten. Gewiß ist der Milcherlös nicht so hoch, wie gewünscht wurde, aber die Verordnung bringt doch auch weitgehende Vergünstigungen. Auch die Konsumenten müssen Opfer bringen und sich eine Erhöhung des Zuckerpreises auf 38-40 Pf. gefallen lassen, eine erträgliche Erhöhung. Öffentlich gelingt es, an die ärmere Bevölkerung Zucker billiger abzugeben. Die Landwirtschaft tut willig mehr als ihre Schuldigkeit, das zeigt der Erfolg der Hindenburg-Spende. Wenn einzelne Landwirte Vorräte zurückgehalten haben, so kann die Gesamtheit dafür nicht verantwortlich gemacht werden. Sie hat sich mit Zwangsmassregeln abgefunden, denn ohne Zwang geht es nicht. Aber der Zwang hat eine Grenze. Das sage ich auch im Interesse der konsumierenden Bevölkerung, die auf eine berufsfreudige Landwirtschaft angewiesen ist. (Zustimmung rechts.) Darum sollten einzelne Fälle nicht herausgemeinert und zu verbitternden Vorwürfen gegen die gesamte Landwirtschaft gemacht werden. (Zustimmung rechts.) Für den

Produktionszwang

hat sich im Rückschritt nur eine Stimme erhoben, alle anderen Mitglieder haben ihn abgelehnt. Ich kann auch der Linken nur dringend die Forderung der Darlegungen empfehlen, die Realist in den „Soz. Monatsheften“ über den Produktionszwang in der Landwirtschaft gemacht hat. Ich kann nahezu alles unterschreiben, was Realist dort sagt. (Hört! hört! rechts.) Es ist einfach unmöglich, in den Millionen landwirtschaftlicher Betriebe durch Verordnung bestimmen zu lassen, was und wieviel angebaut wird. (Sehr richtig! rechts.) Ebenso sollte man endlich darauf verzichten, dem Landwirt vorzuschreiben, was er von seinen Erzeugnissen für sich selbst behalten darf. Zu einem weitgehenden Optimismus auf dem Gebiet der Volksernährung ist jetzt nicht die Zeit. Wir werden noch mit weiteren Einschränkungen zu rechnen haben. Wenn wir uns aber fügen, dann können wir mit Zuversicht darauf rechnen, daß wir nicht einen vorzeitigen Frieden zu schließen brauchen, der unseren Hoffnungen und Opfern nicht entspricht. (Beifall rechts und im Zentrum.) Dazu ermutigt auch unsere günstige militärische Lage und die Tatsache, daß unsere Gegner vielfach wirtschaftlich ebenso bedrängt sind, als wir, die schlechte Weisernte in Amerika und Argentinien und die unergiebigen und nicht dankbar genug anzuerkennende Tätigkeit unserer U-Boote. (Lebhafter wiederholter Beifall.) Dabei wird es auch in Zukunft bleiben, und so sage ich: Vorwärts mit Gott für König und Vaterland! (Lebhafter Beifall.)

Abg. Braun (Soz.):

Es ist gestern erklärt worden, in der Kommission seien die Ernährungsfragen vorwiegend vom Gesichtspunkt der Verbraucher grütert worden. Dem muß ich widersprechen. In der Kommission hat man ebenso wie gestern hier im Hause die Produktion in den Vordergrund gestellt. Die Ernährungsfragen gewinnen mit jedem Tage längerer Kriegsdauer an Wichtigkeit, sie sind für die siegreiche Abwehr der Feinde ebenso wichtig, vielleicht noch wichtiger als die Munitionsfrage. Dem Volke naht der mit so unglücklichen Opfern erkämpfte Schutz nicht, wenn es inzwischen infolge Unterernährung zusammenbricht. Auch die Schwierigkeiten, die das feindliche Ausland mit seiner Ernährungsfrage hat, auf die gestern Herr v. d. Osten hinwies, naht uns außerordentlich wenig. Herr v. d. Osten hat aus diesen Schwierigkeiten im Ausland übrigens Schlüsse gezogen, die

eine gefährliche und verhängnisvolle Illusion

bedeuten, er meine, es bedürfe nur noch einer letzten Anstrengung unsererseits, um unsere Gegner einer wirtschaftlichen Katastrophe zuzuführen. Das ist genau daselbe, was unsere Gegner von Deutschland jetzt zwei Jahre lang gesagt haben. Woher ist es uns noch immer gelungen, eine wirtschaftliche Katastrophe in Deutschland zu vermeiden, und es wird uns hoffentlich auch bis zum Ende des Krieges gelingen. Um so weniger dürfen wir aber nun in denselben Fehler verfallen und uns einbilden wollen, es bedürfe nur einer letzten Kräfteanstrengung, um in den feindlichen Ländern eine wirtschaftliche Katastrophe herbeizuführen, denen doch der ganze Weltmarkt offen steht und bei denen schließlich die Ernährungsfragen weniger eine Voratz- als eine Weltfrage sind. Wenn auch die Kriegführenden und die neutralen Staaten unter der Lebensmittelversorgung leiden, so zeigen sich dann eben hier die Folgen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die überall zu dem schamlosen Kriegswucher führen. Das ist natürlich kein Grund, diese Erscheinungen fatalistisch hinzunehmen.

Wir dürfen uns der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Sicherung unserer Volksernährung in dem Maße schwieriger wird, als die Absperrung der Lebensmittelzufuhr durch die rücksichtslosen, auch vor seiner Vergewaltigung der neutralen Staaten zurückstehenden Praktiken Englands immer wirksamer wird. Gleichwohl können wir die Ernährung unseres Volkes wenn auch unter Einschränkungen sicher stellen, wenn alles geschieht, die Erzeugung von Lebensmitteln auf der bisherigen Höhe zu erhalten oder womöglich noch zu steigern und wenn vor allem

der Verbrauch zweckmäßig organisiert

wird, und die Preise auf einer erträglichen Höhe gehalten werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Besonders an dieser Preisgestaltung und Verteilung der Lebensmittel hat es bisher gefehlt. Das muß bei aller Anerkennung des bisher Geleisteten ausgesprochen werden. Ich verkenne nicht, daß es eine gewaltige Aufgabe war, unter höchst ungünstigen Umständen den Kriegsernährungsstellen anzupassen. Gewaltig ist da an Arbeit geleistet worden. Daß das Resultat des großen Kraftaufwandes nicht befriedigt ist, neben den in der Sache selbst liegenden Schwierigkeiten vornehmlich auf zwei Ursachen zurückzuführen. Erstens ist nicht mit einer so langen Dauer des Krieges gerechnet worden, viele Maßnahmen sind deshalb nur auf den Augenblicksbedarf berechnet worden, es hat an der nötigen Vorsicht und Planmäßigkeit gemangelt.

Zweitens ist und wird noch immer der krampfhafteste Versuch gemacht, das auf die höchstmögliche Gewinnerzielung gerichtete kapitalistische Wirtschaftsprinzip mit dem vornehmlich auf die Bedarfsdeckung als Leitmotiv gerichteten gemeinwirtschaftlichen Prinzip in Einklang zu bringen. Die kapitalistische Methode hat offenbar versagt, es bleibt daher nur die konsequente Anwendung des gemeinwirtschaftlichen, des sozialistischen Wirtschaftssystems. (Sehr wahr! bei den Soz.) Gestern wurde gesagt, daß das Bild, das man jetzt von dem sozialistischen Zukunftsstaat durch eine kleine Probe bekommen habe, nicht gerade ermutigen könne, ein derartiges Wirtschaftssystem einzuführen. Über das Bild, was Sie jetzt bei der Lebensmittelversorgung vom Sozialismus bekommen haben, ist nicht das wahre Bild, sondern

ein Herrbild

(Sehr richtig! bei den Soz.), das selbe Herrbild, mit dem seit Jahrzehnten landauf, landab gegen die Sozialdemokratie agitiert worden ist mit dem Erfolge, daß gleichwohl die Vernunft bei den großen Massen des Volkes festgesetzt hat und die Sozialdemokratie zur stärksten Partei Deutschlands geworden ist. Im übrigen will ich auf die Unterschiede zwischen diesem Herrbilde des Sozialismus und dem wahren Sozialismus heute nicht eingehen, um die Verbalungen nicht zu verlängern. Deshalb diese Anleihe bei dem sozialistischen Wirtschaftsprinzip, die man heute bei der Lebensmittelversorgung macht, dies Ausprobieren sozialistischer Gedanken auf die heutige kapitalistische Ordnung, verlagern mich, ist darauf zurückzuführen, daß hier zwei gegensätzliche Wirtschaftsprinzipien kombiniert zur Anwendung gebracht werden. Das hat zu einer wirtschaftspolitischen Quasialberei geführt, die wohl hier und da kleine Erfolge erzielt, aber nicht verhindern kann, daß unsere größeren Mängel überall im Wirtschaftsleben hervorbrechen. Mit diesem System der Halbheit muß gebrochen werden, (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) sonst wird die Volksernährung ernstlich gefährdet. Die wichtigste Frage ist, wie die Erzeugung der Lebensmittel, also der landwirtschaftliche Betrieb, auf der den Bedarf des Volkes entsprechenden Höhe gehalten werden kann. Die starke Heranziehung der leitenden und ausführenden Arbeitskräfte wie der Gespanne zum Heeresdienst und die Knappheit an Düngemitteln usw. haben die intensive Bewirtschaftung des Landes ungemein erschwert. Diese ist aber die unerlässliche Voraussetzung für die hohe Ertragsmöglichkeit, die die deutsche Landwirtschaft in den letzten Jahren erreicht hat. Einmütig war die Kommission daher der Auffassung, daß die sachlichen Vorbedingungen geschaffen werden müssen, um diese Ertragsmöglichkeit der Landwirtschaft zu erhöhen. Bei der Förderung des Viehbestandes hat sich aber das Schicksalwort: Leicht hereinaber wohnen die Gedanken, doch hart im Kanne stoßen sich die Sachen. Für die Beschaffung künstlicher Düngemittel, vor allem von Stickstoff, konnten besonders tröstliche Aussichten nicht eröffnet werden. Die Befassung von Gespannen und die Gefesselung ausreichender Arbeitskräfte hängt ganz von den Erfordernissen der militärischen Lage ab. Die Hauptsache wird deshalb sein, bei den vorhandenen Arbeitskräften die

Arbeitsfreudigkeit zu erhöhen

und so die Ergiebigkeit ihrer Arbeit zu steigern. Die in der Kommission geforderte größere Strenge gegenüber Gespannen u. s. w. in der Landwirtschaft beschäftigt werden, ist daher der verkehrteste Weg. Die Klagen einzelner Landwirte, daß manche Wachsmannschaft nicht die nötige Strenge gegen die Gefangenen anwende, weil sie fürchten, von ihren Vorgesetzten dafür bestraft zu werden, ist ein gutes Zeugnis von dem Pflichtgefühl und der Menschlichkeit unserer Soldaten und dem Gerechtigkeitsgefühl ihrer Vorgesetzten. Daß die nach Ausbruch des Krieges zurückbehaltenen russisch-polnischen Saisonarbeiter noch gleichsam als feindliche Ausländer behandelt werden, läßt sich mit der Proklamierung des Königreichs Polen schwer in Einklang bringen. In Allenstein in Ostpreußen hat man es fertig gebracht, einen polnischen Arbeiter, der aus freudiger Begeisterung über die Proklamierung des Königreichs Polen sich mit seinen Kameraden einen Feiertag machte und die Arbeit verweigerte, mit vier Wochen Gefängnis zu bestrafen. (Hört! hört!) Die Arbeitsfreudigkeit der inländischen Arbeitskräfte könnte man am ehesten dadurch steigern, daß man sie von den ausnahmsrechtlichen Bestimmungen befreit, auf Grund deren sie noch immer als Staatsbürger minderen Rechts behandelt werden. Hier wäre die verheißene Reuorientierung dringend geboten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Mit den überlebten Gesindeordnungen, die noch

das inname Zuchtigungsrecht

enthalten und den sonstigen Rechtsungleichheiten der ländlichen Arbeiter muß gründlich aufgeräumt werden. In der Kommission ist unser dahingehender Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Und hier im Plenum haben mit Ausnahme der freisinnigen alle anderen Parteien unserem Antrag die nötige Unterstützung versagt. Der Vertreter des Zentrums wollte den Landarbeitern das Vereinerntungsrecht geben — das sie übrigens bereits haben — aber nicht das Streikrecht. Nun, es handelt sich bei unserer Forderung nicht so sehr um das Recht zu streiken — das werden die Landarbeiter sich sowieso nehmen, wenn sie soweit sind, sondern vielmehr um die Befreiung jener überlebten Gesetzesbestimmungen, die es unverständigen Arbeitgebern ermöglichen, Landarbeiter bei jeder Arbeitsverweigerung, mag sie noch so berechtigt sein, mit Geld- und Haftstrafen zu drangsalieren. (Sehr wahr! bei den Soz.) Charakteristisch war, daß der Landwirtschaftsminister es bedauert hat, daß es den Bemühungen meiner Parteifreunde im Reichstag gelungen ist, durchzusetzen, daß die Arbeiterausschüsse auch über die Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse der in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter mitbestimmen sollen. Diese Forderung meiner Parteifreunde war aber durchaus notwendig. Denn wie wollte man es rechtfertigen, Arbeiter oder sonstige Verantwortliche durch das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst in landwirtschaftliche Arbeit zu dirigieren, ohne ihnen einigermassen die wirtschaftliche Existenz, die sie bisher hatten, zu sichern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Bei den hohen Preisen für alle Lebensmittel wird es ja auch den Landwirten nicht schwer fallen, ihren Arbeitern höhere Löhne zu zahlen.

Die Vorratsbeschaffung läßt sich von der Verbrauchsregelung nicht getrennt beurteilen. Bei der Entscheidung darüber, welchen Teil seiner Produkte der Landwirt auf den Markt bringt und welchen Teil er verfrachtet, wird er durch die Preise der einzelnen Produkte stark bestimmt. Vaterlandsliebe und Opfer Sinn kommt für ihn erst in zweiter Linie. So steigt bei den Kartoffeln z. B. in dem Maße, wie der Preis sinkt, seine Reizung.

Kartoffeln zu verfrachten

Die Schwierigkeiten in der Versorgung von Kartoffeln sind nicht nur auf die schlechte Ernte und die Transportbeschwerden zurückzuführen, sondern auch auf absichtliche Zurückhaltung zu verbotswidriger Verfrachtung oder auf Erzielung der vom Februar ab zulässigen höheren Preise. Das beweisen die Veröffentlichungen in mancher Landrats- u. s. w. aus Allenstein und Braunsberg, die die Zurückhaltung von Kartoffelvorräten öffentlich scharf geißeln. Bekannte Verlautbarungen haben im Westen und Süden unseres Vaterlandes erlassen werden müssen. Die gerühmte Vaterlandsliebe und der Opfer Sinn ist also doch offenbar nicht bei allen Landwirten vorhanden. Vereinzelt ist, daß sich die Konservativen in der Kommission nicht etwa über jene Landwirte entsetzt haben, sondern über die Landräte, die in Erfüllung ihrer Pflicht das verderbliche Treiben gewinnstüchtiger Landwirte an den Pranger gestellt haben. Gegen sie forderte man

das Einschreiten des Ministers. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Was nützen alle an sich ganz dankenswerten Aufrufe landwirtschaftlicher Korporationen zur Herausgabe von Lebensmitteln, wenn man sich gleichzeitig schäme, vor jenen Elementen zu stehen, deren schändliches Treiben eine Verhöhnung jener Aufrufe darstellt. Es muß daher auch der unerhörte Vorwurf schamloser Verdrängung der Landwirtschaft zurückgewiesen werden, den der Deutsche Landwirtschaftsrat in seiner Denkschrift an den Reichsminister gegen die Erhebung hat, die es für ihre Pflicht erachtet, das rücksichtslose Treiben profiteurischer Lebensmittelwucherer öffentlich zu geißeln. Soll das Volk nicht mehr das Recht haben, sich zu empören, wenn in der jetzigen opferreichen Zeit Landwirte zynisch erklären:

Lieber lasse ich meine Produkte verkaufen,

ehe ich sie billiger verkaufe, oder, lieber werfe ich die Kartoffeln auf den Mist, ehe ich sie billiger verkaufe. (Hört! hört!) Geht es die Landwirtschaft schamlos verdrängten, wenn man solche Patrone, die ihr wahrlich nicht zur Ehre gereichen, schonungslos an den Pranger stellt? Schamlos handeln die, die jetzt Lebensmittelwucherer treiben, Erzeuger wie Händler, schamlos die, die die Preise für Gänsefleisch und Fett auf das Hund- und Schafschaf des Friedenspreises treiben, was gerade zum öffentlichen Skandal geworden ist, schamlos handeln die, die durch schneidende Wertenerung der Fische und Fischkonserven das Volk ausplündern, die Brotgetreide und Kartoffeln zurückhalten, um sie zu verfrachten, während das Volk größten Mangel leidet. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Doch alle öffentliche Brandmarke des Lebensmittelwuchers nützt wenig, so lange die Regierung und das Kriegsernährungsamt durch ihre Preispolitik dem Eigennut dieser Kreise Rechnung tragen. Man darf nicht erst Höchstpreise festlegen, wenn die Preise schon eine skandalöse Höhe erreicht haben, und vor allem muß mit den Höchstpreisen auch eine Beschlagnahme und öffentliche Verteilung der Lebensmittel erfolgen. Leider hat auch das Kriegsernährungsamt an den Zuständen wenig geändert. Die Zwiebeln sind, nachdem Höchstpreise festgesetzt worden, wie üblich plötzlich vom Markt verschwunden. Anstatt sie nun zu beschlagnahmen, erklärt man eine neue Verordnung über den Vertrieb von ausländischen Zwiebeln, was schon jetzt zur Folge hat, daß die verschwandenen Inlandszwiebeln als Auslandszwiebeln wieder ans Tageslicht kommen und zu 80 Pf. das Pfund verkauft werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Beim Kafe ist es ganz ähnlich gegangen. Sollen wir mit unserer Volksernährung nicht dem Zusammenbruch entgegenstreben, so muß mit Inprovisieren und Quasialbern radikal gebrochen

werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das System der öffentlichen Bewirtschaftung aller wichtigen Lebensmittel muß einheitlich und konsequent durchgeführt werden und vor allem ein energischer Abbau der Preise erfolgen. Diese müssen unter Berücksichtigung der Erzeugerlöhne nach Ermäßigung eines angemessenen Gewinnes für den Erzeuger festgelegt werden. Auf dem Lebensmittelmarkt herrschen leider ganz falsche Grundzüge für die Preisbestimmung. So stehen Gerste, Hafer und Kartoffeln noch 100 Prozent über den Friedenspreis. Noch schlimmer ist es bei Gemüse und Obst. Das Verhältnis zwischen den Preisen der einzelnen Lebensmittel hat auch die nachteiligsten Folgen für die Produktion. Das zeigt sich besonders beim Zuckerrübenbau, der infolge der hohen Preise für Rohrüben nicht mehr rentabel genug erscheint. Deshalb will man jetzt die Rübenpreise wieder erhöhen, um den Anbau von Zuckerrüben sicher zu stellen. Der Minister stellte das Verhalten der Landwirte in Parallele mit den Soldaten draußen, wo auch leblich durch Freiwilligkeit die größtmögliche Leistungsfähigkeit erzielt werde. Den Vergleich muß ich im Interesse unserer Soldaten zurückweisen. Wenn die Soldaten erst höheren Sold fordern wollten, ehe sie zum Sturm vorgehen, wo ständen wir dann heute mit unserem Volke. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die überaus hohen Schweine- und Viehpreise haben den Bestand an Schweinen und Rindvieh in einer Weise erhöht, die mit den vorhandenen Futtermitteln nicht im richtigen Verhältnis steht. So bilden die hohen Viehpreise geradezu eine

Prämie auf die Verfütterung

wichtiger menschlicher Lebensmittel. Da von allen pflanzlichen Nährwerten, die durch den Tiermagen gehen, nur etwa ein Sechstel in Form von Milch, Fleisch und Fett zum menschlichen Verbrauch zurückgeliefert wird, können wir uns besonders in der heutigen Zeit eine so unrationelle Verwertung unserer knappen pflanzlichen Nahrungsmittel nicht leisten. Ich verlange nicht etwa eine überflüssige Abschichtung der Viehbestände, sondern das Ziel, die Schweine- und Rindviehbestände mit den vorhandenen Futtermitteln in Einklang zu bringen, ist auch zu erreichen durch eine erhebliche Herabsetzung der Vieh- und Fleischpreise. Wir verlangen die Erhöhung der Fleischration auf 400 bis 500 Gramm pro Woche. Das wäre etwa die Hälfte der Fleischmengen, die im letzten Friedensjahr auf den Kopf der Bevölkerung in Deutschland verbraucht wurden. Durch eine solche Maßnahme würden größere Mengen Kartoffeln und Brotgetreide der Verfütterung entzogen und mehr Hafer und Gerste zur Bereitung von Grütze und Graupen frei werden.

In der Kommission wurde gesagt, daß die Arbeiter bei ihren hohen Löhnen die jetzigen hohen Preise gut zahlen können. Dieser

Legende von den angeblichen Riesenlöhnen

der Munitionsarbeiter muß energisch entgegnet werden. Nur kleinere Gruppen qualifizierter Arbeiter in der Rüstungsindustrie haben um 80 bis 70 Proz. erhöhte Löhne. Die große Masse der Arbeiter in der Rüstungsindustrie und in verwandten Industrien hat nur Lohnerhöhungen von 30 bis 40 Proz. zu verzeichnen, ja in einer Reihe von militärischen Betrieben werden Löhne gezahlt, die nicht einmal in der Friedenszeit als angemessen bezeichnet werden konnten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Bauarbeiter haben nur 10 bis 15 Proz. Lohnerhöhung erzielt, die Holzarbeiter 25 Proz. Teuerungszulage, im Verkehr- und Transportgewerbe sind es 20 Proz. Lohnerhöhung. Das große Heer der Eisenbahnarbeiter hat Kriegszulagen von 10 bis 15 Proz. erhalten. Was bedeuten diese verhältnismäßig geringen Lohnermäßigungen gegen die erheblichen Mehrausgaben angeht, die Bucherpreise für Lebensmittel. Noch schlimmer daran sind die im letzten Gehalt stehenden Beamten und die Kriegsfrauen, die sich mit ihrer sorgigen Unterhaltung durchschlagen müssen. Sie alle sind am Ende ihrer Kraft, wenn nicht bald dem Lebensmittelwucherer Einhalt geboten wird. Hieran lassen es auch viele Gemeindevorstellungen noch sehen. Vor allem liegt ich den größten Wert auf umfassende Einrichtungen und zweckmäßige Ausgestaltung der Massenpreise, durch die auch eine gleichmäßigere Verteilung der Lebensmittel gewährleistet wird. Die große Masse des Volkes begreift es und billigt es nicht, daß von den knappen Lebensmittelvorräten denen, die viel Geld haben, noch immer ein größerer Teil vorbehalten bleibt. Es darf nicht so weiter gehen, sollen wir nicht unrettbar einer Katastrophe entgegenstreben. Während draußen täglich Tausende für die Sicherheit unseres Landes ins Grab sinken, werden gewisse Kreise im Lande heute nur noch von dem einzigen Gedanken beherrscht:

Wie bereichern wir uns?

Gegen diese Hyänen des Schlachtfeldes weit hinter der Front muß mit aller Rücksichtslosigkeit vorgegangen werden. Das Organ des Bundes der Landwirte schrieb sehr richtig: Wer sich an diesem Kriegswucher beteiligt, ist ein Landesverräter, der aus niedriger Gewinnlust seinem Volk in den Rücken fällt. Gegen diese Landes-

verläßt muß mit aller Schärfe vorgegangen werden. Bei dem Kampf gegen den Kriegswucher muß die Parole sein: Gemeinwohl über Profitinteressen und Kriegswucher. (Sehfter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Derken (frk.):

Die schweren Vorwürfe, die der Redner gegen die Landwirtschaft erhoben hat, waren ganz unangebracht. (Sehr richtig! rechts.) Die Kosten der Landwirtschaft sind sehr gestiegen, deshalb müssen auch die Preise für ihre Erzeugnisse höher werden. Die Landwirte machen jetzt keine Gewinne. (Rechts bei den Sozialdemokraten.) Einzelverfehlungen mögen vorgekommen sein, aber man darf solche Fälle nicht verallgemeinern. (Sehr richtig! rechts.) Eine wirkliche Lebensmittelnot ist nicht zu verzeichnen, nur Knappheit an Lebensmitteln. Unser Viehbestand darf nicht angefaßt werden, das wäre sehr kurzfristig. Unsere Ernährungsschwierigkeiten können überwunden werden, wenn wir alle Hand in Hand geben. Dann werden wir auf wirtschaftlichem Gebiete ebenso siegen, wie unsere braven Truppen draußen. (Vervollständigt.)

Abg. Delius (Sp.):

Die Lage auf dem Lebensmittelmarkt wird immer schwieriger. Bei der Rücksichtnahme auf die Schwerarbeiter sollte man auch die geistigen Arbeiter nicht übersehen. Der Schweinebestand muß vermindert werden, sonst werden die Schweine die Kartoffeln wegessen. Die Preise für Rohmaterialien sind ungeheuerlich hoch. An der Erhöhung des Zuckerpreises verdienen die Rübenbauern doppelt, weil sie auch als Aktionäre der Zuckerfabriken daran beteiligt sind. Gegen die Milchpanterei muß scharf vorgegangen werden. Die Firma Bolle soll noch immer Vollmilch für 50 Pf. das Liter unter der Hand an Begüterte verkaufen. Die Ragermilch wird auf dem Lande veräußert, in der Stadt bekommt man keine. Ein erheblicher Teil des geschlossenen Viehs muß an die Städte abgeführt werden. Wir appellieren an die Solidarität der Landwirtschaft. Alle Kreise sollten jetzt zusammenstehen. Statt dessen sehen wir das wenig erbauliche Schauspiel der Hamsterei. Ein einziger Gastwirt in Thüringen hatte für seine 365 Haken eingebaut. (Hört! hört!) Zu verwundern braucht man sich ja über diese fortgesetzte Einhamsterei nicht, denn nach der Bestandnahme in den Haushaltungen vom 1. September ist nichts erfolgt. So haben sich auf diesem Gebiete Lage Anisierungen entwickelt, die man früher für unmöglich gehalten hätte. Wir sagen neulich ein Hamster: Wer ein Hamster, sei gewiß ein Vaterlandsverräter. Wer es aber nicht tue, sei ein dummes Kerl. (Weiterleut.) Diese Hamsterei wirft alle Berechnungen über den Haufen. Keine Maßnahmen werden ja nicht mehr viel nützen, denn der Mißstand ist zu weit gediehen. Die Regierung hätte bereitwillig für eine gleichmäßige Verteilung sorgen müssen. Viele Großstädte, wie Magdeburg, Halle und Danzig, bekommen so wenig Fett und Fleisch, daß sie Berlin beneiden. Der Wucher mit den Hühnern schreit zum Himmel. Karmelade muß zu angemessenen Preisen zum Verkauf gestellt werden. Obst und Gemüse sind viel zu teuer.

Die Debatte schließt. Abg. Braun (Soz.) bezieht in einer persönlichen Bemerkung, der ganzen Landwirtschaft den Vorwurf des Wuchers gemacht zu haben. Nur die Landwirte waren gemeint, die ihre Vorräte zurückhalten.

Die Vorläge des Ausschusses werden angenommen. Die sozialdemokratischen Anträge werden abgelehnt. — Nächste Sitzung Donnerstag, 12 Uhr. (Zuweisungszulagen, Gerichtskostengesetz, Wohnungsgesetzentwurf.)

Parlamentarisches.

Die Steuerungsulagen in Preußen.

Der verstärkte Staatshaushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses hatte einen Interimsauschuss mit der weiteren Beratung der Steuerungsulagen und Kinderbeihilfen für die Staatsbeamten, Stadtverwalter und Volksschullehrer beauftragt. Dieser Interimsauschuss legte folgenden Antrag vor: Die königliche Staatsregierung zu eruchen,

1. die infolge des Erlasses des Finanzministeriums vom 15. November 1916 gewährten Steuerungsulagen für die verheirateten Beamten in der Weise zu erhöhen, daß jeder Beamte mit einem Gehalt bis zu 5100 M. 100 M. und für jedes Kind im Alter von 15 bis 18 Jahren, soweit es nicht ein eigenes auskömmliches Einkommen besitzt, 30 M. erhält, bei Berechnung des für die Steuerungsulage maßgebenden Dienstverdienstes ausschließlich des Wohnungsgeldzuschusses aber nur die Nebenbezüge in Anrechnung zu bringen, auf welche der Beamte etatsmäßig Anspruch hat.

2. die einmaligen Steuerungsulagen, welche im Erlass des Finanzministeriums vom 30. November 1916 für die im Arbeiterverhältnis Beschäftigten vorgegeben sind, unter den Voraussetzungen dieses Erlasses in allen Staatsverwaltungen durchzuführen;

3. die laufenden Kriegsbeteiligungen den Steuerungsverhältnissen entsprechend zu erhöhen, für alle Orte gleichmäßig zu gestalten und auf die Beamten einschließlich der Klasse 23 der Versorgungsordnung auszudehnen; dabei auch die Kinder bis zum Alter von 18 Jahren zu berücksichtigen, soweit sie nicht ein eigenes auskömmliches Einkommen haben;

4. den Ruhegehaltsempfängern und den Hinterbliebenen von Staatsbeamten einmalige Kriegsteuerungsulagen nach Maßgabe ihrer wirtschaftlichen Bedürftigkeit, die zunächst unter Zugrundelegung ihres steuerlich festgesetzten Einkommens zu ermitteln ist, zu bewilligen;

5. eine den Bestimmungen zu 1, 3 und 4 entsprechende Förderung auch den Volksschullehrern zu teil werden zu lassen;

6. dem Staatshaushaltsausschuß statistisches Material über die Wirkung dieses Antrages im Falle seiner Durchführung vorzulegen.

Der Finanzminister erklärte, daß er gegen eine Erhöhung der Steuerungsulagen und Kriegsbeteiligungen allenfalls nichts einzuwenden habe, es müßten jedoch erst die weiteren Verhandlungen des Staatshaushaltsausschusses mit den Reichsstellen gepflogen werden. Gegen den Antrag hatte der Minister nur das eine Bedenken, daß nach ihm die Gewährung der Zulagen bei einem Einkommen von 4500 M. abschließen soll, während der Ausschuss bis 5100 M. gehen will.

Ueber den volksparteilichen Antrag, auf die Gemeinden dahin einzuwirken, daß sie ihren Beamten, den Volksschullehrern usw. die gleichen Zulagen und Beihilfen gewähren wie der Staat, kam es nicht zu einer Abstimmung, weil volle Einigkeit nicht zu erzielen war, jedoch wird der Berichterstatter diesen Wunsch des Hauses gleichfalls vortragen.

Politische Uebersicht.

Die Umdeutung aller Deutungen.

Am Dienstagmorgen las man in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, daß die Schaffung von Arbeiterausschüssen auch für die Staatsbahnbetriebe im Hilfsdienstgesetz durch den Reichstag folgende Gefahr heraufbeschworen hätte:

Die Verbündeten Regierungen hätten sich vor die Frage gestellt gesehen, ob sie die Verantwortung für eine Gesetzesbestimmung annehmen könnten, die für die Eisenbahnverwaltung und den Eisenbahnbetrieb eine solche Gefahr bedeutet hätte, und weiterhin vor die noch schwerere Frage, ob nicht etwa die Berücksichtigung des der Hilfsdienstpflicht zugrunde liegenden Gedankens auf anderem als dem im Vertrauen auf die verständnisvolle Mitwirkung des Reichstags eingeschlagenen Wege gesucht werden müsse.

Zu später Nachtstunden verbreitete das B. L. B. noch eifertig den Text einer Umdeutungsnotiz, die nun inzwischen

in der Mittwochnummer der „N. A. Z.“ erschienen ist. In dieser heißt es nach einer Reihe verlegener Wendungen:

„Daß uns dabei die Möglichkeit vorgeschwebt hätte, als ob zur Ueberwindung dieser Schwierigkeiten die Bestimmungen, wie sie das Gesetz vorschlägt, ohne Mitwirkung des Reichstages hätten erlassen werden können, ist eine Vorstellung, die der Inhalt des Artikels in seinem Zusammenhange und besonders sein Schluß nicht zuläßt.“

Wenn das Sprachrohr des Staatssekretärs Dr. Helfferich erklärt hätte, daß es ihm leid tue, eine derartige Brüstung des Reichstags und des deutschen Volkes ausgesprochen zu haben, wie sie der Dienstag-Artikel enthielt, so würden wir uns gern damit zufrieden geben. Aber Unmögliches darf man von uns nicht verlangen, eine solche Vergeßlichkeit unseres eigenen logischen Denkens und nicht zumuten, daß wir anerkennen sollten, in dem Artikel der „N. A. Z.“ habe das Gegenteil dessen gestanden, was nicht etwa wir nur allein, sondern auch alle anderen Stimmen, die sich zu dem Artikel äußerten, daraus entnommen haben. Die fetsam zum Text im Widerspruch stehende Kommentierung ihrer Worte ist der „N. A. Z.“ bezw. ihrem Inspirator wohl auch erst unter dem Eindruck einer heftigen Gemütserschütterung eingefallen, die sie heimsuchte, als sie das Echo ihres Artikels in der Presse lasen — ein Echo übrigens, das jeder politisch Denkende hätte voraussehen müssen.

Daß die von der „N. A. Z.“ versuchte Umdeutung logisch ein Ding der Unmöglichkeit ist, findet auch die übrige Presse, z. B. schreibt die „Voss. Ztg.“:

Hält man diesen Satz mit den Erklärungen zusammen, die Staatssekretär Dr. Helfferich im Reichstag abgegeben hat, so bleibt allen Abschwächungsversuchen zum Trotz keine andere Möglichkeit, als ihn so zu deuten, wie wir es getan haben.

Das gleiche Blatt findet, daß die „Ungeschicklichkeit des Staatssekretärs und des ihm anvertrauten Amtes, für die auch Herr Lewald Proben abgelegt hat, allmählich zu unerträglichen Zuständen führe.“

Ähnlich äußert sich das „B. L.“: Diese peinliche Art, sich selbst zu dementieren, die Dr. Helfferich schon wiederholt im Reichstage und zuletzt erst während der dritten Lesung des Hilfsdienstgesetzes wenig erfolgreich angewandt hat, läßt auf seine staatsmännischen Fähigkeiten nicht die besten Schlüsse zu.

Wir können Herrn Helfferich nur den dringenden Rat erteilen, aus der öffentlichen Kritik etwas zu lernen.

Herrenhaus.

Petitionelles Mißverständnis.

Herr v. Herzberg auf Lottin erbot sich ob der Zentral-Einkaufsgesellschaft und ob des Kriegsernährungsamtes und im ersten Horn setzte er sich hin und schrieb eine Petition an das Herrenhaus, auf daß das Einfuhrmonopol der J. E. G. beibehalten oder mindestens eingeschränkt und daß dem R. E. M. Rücksicht auf die landwirtschaftliche Erzeugung zur Pflicht gemacht werden möge. Herr v. Herzberg ist aber selbst Mitglied des Herrenhauses, an das er die Petition richtete. Dies blieb nicht unbemerkt, und als man die Gesetzesbereitschaft des Herrn v. Herzberg entdeckte, verwandelte sich seine Petition alsbald in einen Antrag, über den die Agrarkommission gestern durch den Grafen v. Seyditz-Sandreczki dem Hause berichtete. Aber ach, das Veste ward gestrichen, das R. E. M. sowohl wie auch die J. E. G., und es blieb nur dieser Text:

Die kgl. Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrat dahin zu wirken, bei allen Ernährungsverordnungen mehr wie bisher Rücksicht auf die landwirtschaftliche Erzeugung zu nehmen.

Und selbst da erklärten noch der Berichterstatter wie der Antragsteller, der sonst in pommerischen Blättern eine so kräftige Klinge schlägt, daß der Antrag, weit entfernt davon, die Sonderinteressen der Selbstverleiher zu verletzen, nur der Allgemeinheit dienen solle. Wenn es so gemeint ist, erklärten da die Oberbürgermeister durch Herrn Ballraf-Köln, dann sind wir auch für den Antrag; und so wurde er zur großen Genugung der Rechten einstimmig angenommen.

Herr Ballraf sagte, daß die gestiegenen Preise die Rente der Landwirtschaft erhöht und die vorher brennende Entschuldungsfrage der Lösung nahegebracht haben; er erklärte, daß glänzende Ernteerwartungen, die sich nachher nicht verwirklichten, den Verbraucher vor dem Schluß stellten, ob die Landwirte zurückhalten oder ob der Bürgermeister ein Gefel sei, und er betonte endlich, daß die ländliche Verwaltung für die Ernährungsfürsorge nicht zureiche. Freilich ging Herr Ballraf nicht so weit, nun etwa eine demokratische Kreisverwaltung zu fordern — aber sein Veteuern, daß man über manches schweigen müsse, läßt doch vermuten, daß dieser Oberbürgermeister noch allerlei auf dem Herzen hat.

Das Ende der Ernährungsdebatte.

Am Mittwoch hat das preussische Abgeordnetenhaus die Lebensmitteldbatte beendet und den Anträgen des Staatshaushaltsausschusses mit einigen geringfügigen fortschrittlichen Abänderungen zugestimmt. Die sozialdemokratischen Anträge kamen nicht zur Abstimmung, da sie nicht die erforderliche Unterstützung gefunden hatten.

In die Debatte griff zunächst der preussische Landwirtschaftsminister ein, der, wie man das bei Herrn v. Schorlemer nicht anders gewohnt ist, für einen weitgehenden Schutz der landwirtschaftlichen Produktion eintrat und sich gegen den landwirtschaftlichen Produktionszwang aussprach. Inwieweit er ein Recht hatte, sich zur Unterstützung seiner Ausführungen auf den Genossen Kalis zu berufen, bleibe dahingestellt. Doch einzelne Landwirte zurückgehalten haben, gab er zu, er warnte aber davor, die Allgemeinheit hierfür verantwortlich zu machen.

Eine Bemerkung des Ministers, daß in der Kommission die Ernährungsfragen vorwiegend vom Gesichtspunkte der Verbraucher aus erörtert seien, gab unserem Genossen Braun Veranlassung, eingangs seiner Rede den Nachweis vom Gegenteil zu erbringen. Weiter betonte er die hohe Bedeutung der Ernährung von Volk und Heer für den Sieg Deutschlands und legte die Gründe dar, die in allen kapitalistischen Ländern so große Ernährungsschwierigkeiten zeitigt haben. Die Erzeugung von Lebensmitteln auf der bisherigen Höhe zu halten oder womöglich noch zu steigern und vor allem den Verbrauch zweckmäßig zu organisieren und die Preise auf einer schwinglichen Höhe zu halten, bezeichnete er mit Recht als Hauptaufgabe, und auch die Gegner der Sozialdemokratie werden bei objektiver Würdigung zugeben müssen, daß die Vorschläge, die er in dieser Hinsicht macht, recht beachtenswert und wohl geeignet sind, den landwirtschaftlichen Betrieb auf der den Bedarf des Volkes entsprechenden Höhe zu halten. Weiter nahm er sich mit warmen Worten den Interessen der in Deutschland zurückgehaltenen Kriegsgesangenen und der russisch-polnischen Saisonarbeiter sowie der deutschen Landarbeiter an, für die er die Beseitigung der überlebten Gesetzesbestimmungen

forderte, die es unverständigen Arbeitgebern ermöglichen, sie bei jeder Arbeitsverweigerung, mag sie noch so berechtigt sein, zu bestrafen. Seine Rede, die in eine scharfe Kennzeichnung der Kriegswucherer auslang, wurde im Hause mit großer Aufmerksamkeit angehört und wird sicher auch draußen im Lande die wohlverdiente Beachtung finden.

Den Schluß der Debatte bildeten Ausführungen der Abgeordneten v. Derken (fr.) und Delius (fortskr. Sp.), von denen sich ersterer mehr der Erzeuger, letzterer mehr der Verbraucher annahm.

Am Donnerstag stehen die Anträge betreffend Kriegsteuerungsulagen, die Hibernia-Vorlage und der Wohnungsgesetzentwurf auf der Tagesordnung.

Calais lieber englisch als französisch.

Die „Deutsche Tageszeitung“ wendet sich gegen die in der „Magdeb. Ztg.“ vertretenen Gedanken, Mitteleuropa könne die dauernde Freisicherung Englands in Calais nicht dulden. Es wird dem Magdeburger Blatte, das als Regierungsorgan hingestellt wird, die Anschauung nachgesagt, daß auch der Besitz der flandrischen Küste uns die Freiheit der Meere nicht sichern könnte, also müsse man etwa gegen die Herausgabe Belgiens Frankreich dafür gewinnen, mit uns zusammen die Engländer aus Calais zu entfernen. Der Verfasser, Graf Reventlow, kommt zu dem „durch die deutsche Kraft tatsächlich fundierten Standpunkt“, daß ein britisches Calais die Bedeutung des Besitzes der flandrischen Küste für die Freiheit der Meere nicht vermindere und daß wir kein Interesse hätten, Frankreich von der Calais-Sorge zu befreien.

Das Programm des Grafen Reventlow sagt also: wenn wir nur Belgien behalten — was geht uns Calais an!

Wir dächten, gerade für die deutschen Seeinteressen wäre es nicht so gleichgültig, ob England zu beiden Seiten des Ärmelkanals sitzt, gerade wenn man, wie dem Grafen Reventlow wohl zugunsten ist, von der dauernden Feindschaft Englands gegen uns überzeugt ist. Gewiß ist die Freiheit des nationalen Bodens meist die Sorge der Nation, der er gehört, und Graf Reventlow rednet, daß ein englisches Calais eine künftige Freundschaft zwischen England und Frankreich ausschliesse. Wir aber denken, daß der Frieden, der diesen beispiellosen Krieg abschließt, auch beispiellos sein muß, daß er nicht wieder labiles Gleichgewicht schafft, sondern dauerndes Recht zwischen den Völkern, und daß er nicht vom Kriegszustand übrig läßt, auch im Wirtschaftsleben der Welt. Darum ist uns die Frage der freien Nationen von höchster Wichtigkeit. Der Frieden wird nur dann ein wahrer Frieden sein, wenn er die großen nationalen Gebiete unangetastet läßt. Wir rechnen auf keinen künftigen Krieg, auch nicht auf einen zwischen England und Frankreich, der sicher wieder ganz Europa in Brand setzen würde. Das werden die Völker nicht mehr wollen, und sie werden dafür sorgen, daß solche Entscheidungen über ihr Leben nur von ihnen selbst getroffen werden.

Frankreich wird übrigens Calais nicht opfern — und England nicht dieses Opfer verlangen. Damit erledigt sich das alldeutsche Hirngepinnt von selbst.

Sie werden nicht sozialdemokratisch.

Auf dem Evangelischen Arbeitervereinstag für die Provinz Brandenburg erörterte der christlich-nationale Führer Franz Behrens u. a. die Frage, ob denn nach den Erfahrungen dieses Krieges die christlich-nationale Arbeiterbewegung überhaupt noch nötig sei, oder ob es nicht vielmehr an der Zeit sei, die alte Fahne einzuziehen und einfach in der Sozialdemokratie aufzugehen? Er kam zu dem Schlusse, daß die christlich-nationale Bewegung sich nicht mit der Sozialdemokratie vereinigen könne, sondern nach dem Kriege sogar eine sehr dringende Pflicht und ein Recht auf Weiterbestehen und selbständige Arbeit habe.

In der Begründung dafür wies Abg. Behrens darauf hin, daß in all den praktischen Fragen wie denen des Lohnes, der Arbeitszeit, des Arbeiterschutzes, des Versicherungswesens und in vielen anderen mehr sehr wohl eine Verständigung und ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie möglich sei und auch erfolgen werde; aber in den drei Grundausprägungen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, in der Stellung zum Christentum, zur Monarchie und in der Abweisung des Klassenkampfes; darin könne sie nie und nimmer bei der grundsätzlich entgegengelegten sozialdemokratischen Stellung hierzu mit der Sozialdemokratie zusammengehen.

Wir haben keineswegs erwartet, Franz Behrens nach dem Kriege in unseren Reihen begrüßen zu können, deshalb bringt uns diese Erklärung auch keinerlei Enttäuschung.

Vaterländischer Hilfsdienst und Kriegsgewinne.

In der „Köln. Volksztg.“ (Nr. 975) veröffentlicht der Zentrumsländtagsabgeordnete Stupp einen Aufsatz, der fordert, daß eine weitere Steigerung der Unternehmerrgewinne strengstens zu vermeiden sei. Auch dies sei vaterländische Pflicht. Abgeordneter Stupp bringt bei dieser Gelegenheit eine bemerkenswerte Zusammenfassung der Gewinne von Aktiengesellschaften, die direkt oder indirekt mit Kriegslieferungen gesegnet sind. Demnach haben im Betriebsjahr 1915 einen Reingewinn nach außerordentlich hohen Abschreibungen erzielt: In der Metallindustrie 84 Gesellschaften durchschnittlich 37,5 Proz. des Aktienkapitals, in der Pulver- und Sprengstoffindustrie 16 Gesellschaften 48,5 Proz., Erz- und Hüttenwerke 18 Gesellschaften 28 Proz., Kohlenbergbau 29 Gesellschaften 19 Proz., Textil- und Tuchindustrie 30 Gesellschaften 31,7 Proz., Chemische und Farbenindustrie 23 Gesellschaften 31 Proz., Lederindustrie 12 Gesellschaften 67 Proz., Getreidemühlen 9 Gesellschaften 43,5 Proz. Zusammen kommen auf 214 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von 1378,7 Millionen Mark 436,6 Millionen Reingewinn = 31,6 Proz.

Diese Ergebnisse sind ermittelt auf Grund der Veröffentlichungen von Aktiengesellschaften, die mit dem 31. Dezember das Betriebsjahr abschließen.

Mecklenburgisches.

Dem Schweriner Landtage ist eine Vorlage auf Errichtung einer Kriegshilfskasse für die aus dem Kriege heimkehrenden Angehörigen des selbständigen Mittelstandes zugegangen. Das Geld soll bei der Reichsdarlehnskasse geliehen werden. Die Kosten für die örtlichen Kreditausschüsse, also eine Landes-einrichtung, sollen aber die Gemeinden tragen!

Interessant ist auch folgender Vorgang: Bei Beratung einer Waßbaupetition sagte im Landtag ein Bürgermeister, die Sache sei nicht intimiert (d. h. nicht durch die Regierung zum Gegenstand der Verhandlung gemacht), entsprechend der Landtagsübung müsse man den Antrag auf sich beruhen lassen. . . .

Man beschloß nach einiger Beratung, dem Petenten zu antworten, er solle sich an die Regierung wenden!

Das Hilfsdienstgesetz in Kraft. Die B. Z. V. meldet, hat der Kaiser am 5. d. Mts. das vom Bundesrat und vom Reichstag angenommene Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst Allerhöchst vollzogen. Das Gesetz wird in einer heute erscheinenden Nummer des Reichs-Gesetzblattes veröffentlicht. — Ferner hat der Kaiser als preussische Auszeichnung ein „Verdienstkreuz für Kriegshilfe“ gestiftet, das aus einem achtspitzigen Kreuz aus Krügelmetall besteht und an Männer und Frauen verliehen werden soll, die sich im Vaterländischen Hilfsdienst besonders auszeichnen.

Das Reichstagsmandat Liebnichts erloschen. Dem Bureau des Reichstags ist das Urteil gegen Karl Liebnicht zugegangen, mit dem Bemerkten, daß das Urteil bestätigt ist und damit Rechtskraft erlangt hat. Die Strafvollstreckung ist angeordnet. Damit ist das Mandat Liebnichts erloschen und die Freigabe dürfte in Kürze angelegt werden.

Die Kölner Schutzleute haben verschiedene Wünsche, wie die Briefe aus ihren Reihen an die „Rheinische Zeitung“ ergeben. Es handelt sich zumeist darum, daß endliche Steuererleichterungen gewährt werden, um den sehr schweren und langen Dienst und um den Zwang, auch außer Dienst immer Uniform zu tragen. Originell ist es, daß die Schutzleute in den Mänteln keine Taschen haben, während die höheren Chargen in deren glücklichen Besitz sind. Auch über die hohen Disziplinarstrafen selbst aus kleinlichen Anlässen wird geklagt.

Herr Cämmerer wird Staatsstube. Wir erhalten folgendes Schreiben: „Sehr geehrte Redaktion! Ich hatte Ihnen, soviel ich mich erinnere, im Jahre 1913 einen schriftstellerischen Versuch über Wahlrecht, vielmehr über einen Wahlrechtsausflug überhand und zum Schluß oder im Anschreiben erklärt, daß ich die Verantwortung für das Schriftstück bezw. dessen Benutzung übernehme. Ich übernehme jetzt keine Verantwortung für das betr. Schriftstück mehr, da ich meine politischen Ansichten geändert habe, auch Aussicht habe, im staatlichen Dienst angestellt zu werden. Mit vorzüglicher Hochachtung Ulrich Cämmerer, Kolberg, Dänenstraße 28.“

Wir können leider nicht mehr feststellen, was Herr Cämmerer vor drei Jahren geschrieben hat, denn sein schriftstellerischer Versuch war ein Versuch mit untauglichen Mitteln an untauglichen Objekten. Aber da wir Herrn Cämmerer den Weg zum Staatsdienst durchaus nicht versperren wollen, nehmen wir gern von seiner Gesinnungsänderung Notiz.

Der holländische Finanzminister van Sija hat, wie der Niederländischen Telegraphen-Agentur mitgeteilt wird, sein der Königin unterbreitetes Rücktrittsgesuch zurückgezogen.

Der Schulzwang in Rußland.

Petersburg, 6. Dezember, (B. Z. V.) Der Ausschuh der Duma hat den Gesetzentwurf betreffend Einführung des Schulzwanges im Prinzip angenommen.

Ein siegreicher Feldzug.

Von Richard Gable.

Auch wenn man den im Fluß befindlichen Ereignissen mit zurückhaltendem militärischen Urteile folgt, wird man sich doch der Hoffnung hingeben dürfen, daß die großen Erfolge uns um einen Schritt dem Frieden näher gebracht haben, die die deutsche Heere während der verflochtenen acht Tage in Rumänien erlitten haben. Freilich wird man zugleich vor übertriebenen Erwartungen warnen müssen; die uns gegenüberstehenden feindlichen Kräfte sind noch immer sehr stark; die harten Anstrengungen der Gegner, sie noch weiter zu entwickeln, dauern besonders in England ungeschwächt an; auch von Rußland werden wir uns nicht überraschen lassen dürfen; und endlich ist der Wille der uns feindlichen Regierungen noch ungebrochen, wie weit auch die Friedenssehnsucht in einem Teile der Völker um sich greifen mag.

In letzterer Beziehung dürfen wir nun gewiß von dem moralischen Eindruck so manches erwarten, den der Sturmschritt unseres unpenibaren Vormarsches in der Walachei seit 14 Tagen bei Freund und Feind hervorgerufen hat, bei jenem anfeuernd, ihn mit Zuberficht erfüllend, bei diesem Beklemmungen hervorrufend, die durch prahlerische Worte nur mühsam verdeckt werden. Die Regierungskrisen in England und in Rußland, die Geheimstimmungen der französischen Kammer, das Anschwellen der sozialistischen Friedensbewegung in Italien sind sichtbare Folgen unseres Sieges. Denn der Abstand von dem, was der Vierverband im August hoffte, und was er nun in den trüben, aber uns leuchtenden Novembertagen besichtigen muß, ist gar zu gewaltig, ist wohl geeignet, jenen mit Sorge um den schließlichen Ausgang zu erfüllen.

Der letzte Grund dieser völligen Umkehr der ganzen Kriegslage ist der, daß wir ihn wieder einmal unter das Gesetz unseres Handelns niedergezwungen haben. Er mußte uns folgen dahin, wo wir die Entscheidung suchten. Wer aber folgt, kommt zu spät, hat die besten Trümpfe aus der Hand gegeben. Im Kriege wie im Glücksspiel hat die Vorhand die größten Aussichten; wer sie zu benutzen versteht, gewinnt.

Im Westen suchte uns der Gegner mit gewaltiger Uebermacht, besonders an Feuermaschinen, zu bewältigen und zu durchstoßen; er steht ermattet vor unseren unzerbrochenen Linien und muß erst neue Kräfte sammeln. Inmitten der schwersten Kämpfe warfen wir Kräfte nach dem Osten und brachen dort den russischen Ansturm; zögernd mußte der Russe Kräfte auf Kräfte abgeben, um den wankenden Bundesgenossen zu stützen. Jetzt hat er nicht die Kraft, uns aus seinem eigenen Lande zu werfen; nur zu Demonstrationen rafft er sich noch auf, die wir beinahe spielend zurückweisen. In Italien brach die 9. Offensiv Cadornas unter blutigen Verlusten zusammen; und wenn der zunehmende Geschickdonner der letzten Tage uns auch den Beginn der zehnten androhen scheint, so haben wir doch zu des Generaloberst Boroevic Kampferproben Scharen das sichere Zutrauen, daß sie auch den neuen Anschlag Cadornas bereiteln werden.

Inzwischen aber sammelte unsere Heeresleitung mit gelassener Ruhe die Streitkräfte an, um im Südosten eine große Entscheidung herbeizuführen.

Aus den verschiedenen Veröffentlichungen des Generalstabes gewinnt man allmählich einen genügen Ueberblick über die anfängliche Kräfteverteilung der Rumänen und ihre ursprünglichen Ziele. Man würde ihnen Unrecht tun, wenn man ihren Kriegsplan tadeln wollte. In der Lage, wie sie sich um die Wende des August zum September dem Auge unserer Gegner darbot, wollte er vielmehr das Vernünftige, bot die entsprechenden Kräfte auf und verteilte sie im allgemeinen zweckmäßig. Er warf von vornherein die ganze Volkskraft in den Krieg, bildete sein Heer aus wahrscheinlich 25 Divisionen und verschiedenen Nebentruppen, um mit einem großen Schlage die Entscheidung herbeizuführen. Ganz richtig wurden gegen Siebenbürgen, das ihm ebenso politisches wie strategisches Ziel war, drei Armeen von drei Seiten einheitlich angelegt, während sich in der Dobrudscha um Lutran und Dobric ein vieres, ziemlich starkes Heer sammelte

(wenigstens 5 rumänische und 1 russische Division), um in Mittelbulgarien einzufallen, wohin ihm die Salonikarmee von Süden aus entgegenkommen sollte.

Nicht an dem Plane, sondern an seiner Ausführung lag es, wenn dieses stolze Heer in drei Monaten die Hälfte seines ursprünglichen Bestandes von mehr als 600 000 Mann in lauter blutigen Niederlagen verlor und schon 45 000 Quadratkilometer seines Heimatlandes an uns hat überlassen müssen. Die größte Entschlossenheit und Tapferkeit der deutschen Führung, zugleich aber die weitüberlegene Güte des Kriegswerkzeuges, des unübertrefflichen deutschen Heeres, sind es gewesen, durch die die Absichten der Rumänen vom ersten Beginn des Krieges an durchkreuzt wurden. Ihre Ziele hätten vor allen Dingen größte Schnelligkeit des Handelns gefordert, aber Feldmarschall Mackensen kam ihnen zuvor. Ihre Niederlagen von Lutran, Silistria, Dobric südlich der Donau wirkten sofort auf ihre Kriegsführung in Siebenbürgen lähmend zurück; sie gaben an die gefährdete Dobrudscha Kräfte von Norden her ab und ließen sich später zu dem abenteuerlichen Donauübergang von Rasova verleiten. Unklare Ueberstürzung ist niemals Entschlossenheit; der Versuch, den zielbewußten Gegner zu verblüffen, wurde hart bestraft.

Anstatt nun wenigstens die Schwächung ihrer Kräfte in Siebenbürgen durch doppelte Tapferkeit auszugleichen, gingen sie hier auf dem schlechtthin entscheidenden Kriegsgebiete mit einer Langsamkeit vor, als drüde sie die Abnung kommenden Unheils. So gaben sie der rasch gesammelten Armee des Generals v. Falkenhayn Gelegenheit, sie in der Trennung nacheinander zu schlagen und in das Hochgebirge zurückzuschieben.

Mit der Schlacht von Kronstadt waren ihre Angriffsgedanken erledigt, von den ersten Tagen des Oktober an handelte es sich für sie nur noch um die Verteidigung des Heimatbodens. Selbst hierfür waren sie bereits auf die Unterstützung durch russische Heere angewiesen, da ihre geschwächten Heere schon zahlenmäßig nicht hinreichten, die langgestreckte Grenze von 1300 Kilometern gegen den Einbruch eines tatkraftigen und gewandten Gegners überall gleichmäßig zu schützen. Die Hilfe aber kam im Norden ebenso zu spät, wie von Süden her die entlastende Offensive der Salonikarmee. Die deutsche Heeresführung behielt überall die Zeit zu Gegenmaßnahmen und an dem entscheidenden Punkte die pünktlich ausgenutzte Gelegenheit, dem Feinde zuvorzukommen. So geschah, was geschehen mußte.

Ein neues Heer — die Donauarmee, aus Streitkräften aller verbündeten Staaten zusammengesetzt — wurde von der deutschen Heeresführung bereitgestellt. Während die Armee Falkenhayn am 18. November durch die Schlacht von Targu Jiu den Schutzwall der Karpaten durchbrach und am 21. November bereits Craiova besetzte, ging jenes neue Heer am 24. bei Giurgiu über die Donau, und nun zogen beide zusammen in Gewaltmärschen auf Bukarest, dem geschlagenen Gegner nirgend die Zeit gebend, sich zu neuem Widerstand zu setzen. Zugleich rissen andere Kraftgruppen der Armee Falkenhayn die Durchbruchsstelle im Gebirge immer weiter nach Osten hin auf, nahmen den roten Turm wie den Türzburger Boh und strömten, den Tälern des Alt, des Arges, der Damowita und schließlich der Jalomita folgend, vom Gebirge in die Ebene hinab. Von Norden wie von Westen her wurden die Rumänen in einer eisernen Gange gefaßt.

Als sie sich endlich östlich des Arges zur Verteidigung der Landeshauptstadt in neuem Widerstand setzten, waren sie von vornherein in einer taktisch wie strategisch ungunstigen Lage. In den Kämpfen vom 1. bis 3. Dezember wurden sie infolgedessen schwer geschädigt und immer weiter zurückgetrieben. Die deutschen Kraftgruppen warfen sich den Feind von Norden und von Westen her gegenseitig zu; er hat vom 29. November an rund 21 000 Gefangene in unseren Händen lassen müssen und seit Beginn des Feldzuges mehr als 90 000 verloren. Unsere Beute an Geschützen seit dem 1. Oktober beträgt 302 und 150 Maschinengewehre.

Mit anerkennenswertem Mute, aber in Verennung der Lage, suchte der rumänische linke Flügel, südlich Bukarest, durch neueingetroffene russische Verstärkungen angriffsweise gegen unsere Donauarmee unter General Rosch vorzugehen. Auch er koste sich nur eine blutige Niederlage.

Die Lösung, die der Führer der 1. rumänischen Armee ausgegeben hatte, zu siegen oder zu sterben, konnte seinen erschütterten Reihen keine Widerstandskraft einflößen. Und so hat denn auch der 4. Dezember den Schuldspruch der drei ersten Schlachttage bestätigt — das rumänische Heer weicht und läßt reiche Vorräte in den Händen unserer verfolgenden Truppen, die auch der Ernährung der deutschen Heimat zugute kommen sollen.

Die englische Blockadepolitik leidet schmachlichen Schiffbruch und schlägt bereits den rückichtslosen Gegner mit den gleichen Waffen, die er gegen uns brauchte. (z)

Die Zukunft der Sozialdemokratie

Rede des Abg. Landsberg.

Der Sozialdemokratische Wahlverein Neudölln hielt Dienstagabend eine gutbesuchte Versammlung ab, in der Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Otto Landsberg-Magdeburg über „Die Sozialdemokratie nach dem Kriege“ sprach. Er führte aus:

Wir geben der Uebergangswirtschaft entgegen — hoffentlich recht bald. Das Reichsamt des Innern leitet ein Mann, den man die konzentrierte Säure des Manchestertums nennen könnte und der sich eine Zurückführung des Wirtschaftslebens auf den Stand vom 3. August 1914 als Ziel ersichtlich vorstellt. Sollen wir dann den verminderten Schiffsraum der Privatkapitulation überlassen, damit sie etwa Luftpumpen notwendigen Gütern vorangehen lasse? Das Reich muß den Schiffsraum beschlagnahmen und mit vorstichtiger Verdrängung des Wertes des deutschen Geldes im Auslande Rohstoffe heranschaffen.

Wir Sozialdemokraten denken nicht daran,

die Frauen

aus den von ihnen eroberten Arbeitsgebieten zu verjagen, soweit die Arbeit von der Frau geistlich geleistet werden kann. Die Frau darf aber nicht zum Lohnruder werden — für gleiche Arbeit gleicher Lohn! Mindestlöhne und Höchsttariftag!

Vericherung gegen unverschuldete Arbeitslosigkeit muß für die heimkehrenden Verteidiger des Vaterlandes bereitstehen. Die Kriegsteuerung wird noch lange nach dem Kriege anhalten, darum müssen dann erst recht Höchstpreise kommen.

Uns „Umlerner“ hat der Krieg nur zu noch besseren Demokraten und überzeugteren Sozialisten gemacht, der Sozialismus ist für uns das, was der Leuchturm für den Schiffer auf wilden Wogen. Nichts ist so falsch, als daß wir unsere Erwartungen auf das gute Herz der herrschenden Klassen setzen. Was eine aufstrebende Schicht fordert, das muß sie erkämpfen. Vor die Wahl gestellt zwischen der Freiheit und den

Kampf um die Freiheit.

ziehen wir tausendmal den Kampf vor. Und niemals im Frieden haben wir so herrliche Waffen für ihn gehabt, wie wir sie nach dem Kriege haben werden. Die Unterlassung der Neueinteilung der Reichstagswahlkreise seit 1867 hat das an sich demokratische Reichstagswahlrecht zum Pluralwahlrecht rückständiger Distrikte gemacht. Die Reichspolitik und die Arbeit des Kriegs-Er-nährungsamts wird durchkreuzt von jenem bekannten anderen Zentrum aus. „Wer nicht mittrifft, der nicht mittrifft“ sagte man dort einst den Arbeitern; wer dürfte das heute noch wagen? Ihren körperlichen und geistigen Wert, der die Schlachten gewinnt, danken die deutschen Arbeiter ihren Organisationen, der Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Der Krieg hat das Selbstbewußtsein der Arbeiterkraft mächtig gestärkt, sein eigenes Interesse zwingt Deutschland, die Arbeiter als Volkshüter anzuerkennen; und dies wird alle Entretung ausschließen — vorausgesetzt, daß die deutschen Arbeiter nach dem Kriege wie vor ihm nur einen Willen haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Geschichte lehrt, wie die wertvollsten Deutschen einer reaktionären Heimat entronnen sind; soll Americas glänzender Aufschwung nicht die besten deutschen Arbeiter hinstreichen, in den Dienst der Erschließung Südamerikas und Industrialisierung Rußlands stellen, so darf es in Deutschland nicht werden wie einst in den fünfziger Jahren, wo die Regsamsten davongingen. Die heimische Arbeitskraft ist das einzige unerschöpfliche und unwiederbringliche Gut. Der russische Soldat weiß nicht, wofür er kämpft, der deutsche kämpft für die Zukunft seines Volkes, von der er weiß, daß sie sich mit seiner Hilfe besser gestalten wird.

Wie wenig die jetzige Organisation des

Bildungswesens

wirklich alle Intelligenzen erfährt und alle Nichtintelligenzen von nutzlosem Studium fernhält, stellte der Redner dar, um auch hier die große vereinheitlichende Reform ausschließlich von der Rotwendigkeit zu erwarten; man wird die Verluste ersetzen müssen. Wir werden ein Land der Freiheit und der Bildung erlangen. Aufgaben in Halle und Halle stehen der Demokratie bevor. Ein Land, das Belpolitik treiben will, darf dabei nicht den Korporalstod in die Hand nehmen. Es darf niemand seiner Gefinnung, seiner Konstitution, seiner Rationalität wegen geächtet werden.

Die ausgiebige Weiterentwicklung der Sozialpolitik stellt uns weitere große Aufgaben. Zwei Kraftquellen hatte dieser Krieg: Die sozialpolitischen Gesetze und die Organisationen der Arbeiter; zwischen ihnen und dem Staat muß eine Arbeitsteilung stattfinden, denn beide haben das gleiche Interesse an dem Aufsteigen des einzelnen, und wer sonst sollte einst den Haß der Bürger verschwinden machen, wenn nicht die völlerwerbende Arbeit? Sie, die längst den Menschheitswert jeder Volkskultur erkannt hat! Unsere „utopische“ Idee, Kriege zu vermeiden durch Schiedsgerichte, ist heute von Grey und Bethmann-Hollweg aufgenommen — nicht aus gutem Herzen, sondern aus Notwendigkeit. (Zustimmung.)

Das deutsche Volk aber wird seine Macht verwenden, um das sozialistische Ideal zu verwirklichen. Von der Lösung dieser Aufgaben hängt die Zukunft des deutschen Volkes ab. Die Erlangung der Macht aber jetzt voraus die

Einheit der deutschen Sozialdemokratie!

Trotz aller Meinungsverschiedenheiten über den richtigen Weg, Einigkeit über das Ziel! Gegenüber den Feinden stehen wir ja doch zusammen — wo dann erst getrennt marschieren und zu jeder eine Spaltung, die niemand in der Mehrheit will? Nach ein paar Jahren würden sich die getrennten Ströme doch wieder vereinigen. Aber in den ersten Jahren nach dem Krieg wird der Unterbau für die nächsten fünfzig Jahre gezimmert. Und um dabei nicht ausgeschlossen zu sein, sollen, müssen und werden beide Richtungen miteinander bauen an unserer Zukunft! (Lebhafte Beifall.)

Aus Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Generalversammlung der Rütgerswerke A.-G. hat am 6. Dezember ihr Kapital von 25 auf 30 Millionen Mark erhöht, um die Plania-Werke aufnehmen zu können, deren Aktionäre für vier eigene fünf der Rütgerswerke erhalten. Die vorher abgehaltene Generalversammlung der Plania-Werke hatte bereits den Antrag auf Verschmelzung genehmigt. In der Generalversammlung der Rütgerswerke sind über die Entwicklung des Unternehmens im Kriege interessante Mitteilungen gemacht worden. Die Gesellschaft hat mit den Dirsch-Kupfer-Werken die Kur-fächische Braunkohlen-Gas- und Kraft-G. m. b. H. gegründet, die auf Grund eines Kohlenlieferungsvertrages von der Grube „Geilke“ mit Kohlstoff versorgt wird. Naphthalin wird mit Wasserstoff in Tetralin verwandelt, das als Heiz- und Naturöl dient. Große Bedarfslosungswerte sind im Bau. Es werden Studien zur Ausbeutung von Schieferfeldern geplant. Die Plania-Werke, die früher besonders Kohlenstoffe fabrizierten, haben sich jetzt auf die Herstellung von Elektroden geworfen. Für Betrieb stand zu dem kleinen Aktienkapital in keinem rechten Verhältnis mehr. In dem Aufsichtsrat der Rütgerswerke ist aus dem ehemaligen Aufsichtsrat der Plania-Werke Direktor Jander und der Direktor der A. G. Paul Ramroth eingetreten.

In dem Geschäftsbericht der A.-G. für Elektrizitätsanlagen in Berlin wird ausgeführt: „In dem abgelaufenen Geschäftsjahre haben sich bei unserer Gesellschaft die Folgen des Krieges in mancher Beziehung geltend gemacht. Die Steigerung aller Preise und Löhne, die Kriegsmittelstützungen für die im Felde stehenden Angehörigen und Arbeiter, die Notwendigkeit, vielfach mit Ausschlußpersonal zu arbeiten, haben bei uns sowie bei den von uns verwalteten und uns nahestehenden Gesellschaften die Ausgaben erheblich gesteigert. Die Verminderung des Verbrauchs an Elektrizität durch das Stillstehen und die Einschränkung heimgewerblicher Elektricität, die Einführung der Sommerzeit, den an mehreren Stellen angeordneten früheren Ladenschluß, die erhebliche Abnahme des Besuchs der von uns besorgten Badeorte an der Ostsee fand nur einen teilweisen Ausgleich in verstärkten Lieferungen an militärische Anstalten und für Kriegszwecke beschäftigte Unternehmungen. Eine Förderung hat unser Absatz durch den Mangel an anderen Verleuchtungsmitteln und dadurch erfahren, daß die Einrichtungen des Krieges die Vorteile des Kraftbezugs von einer zentralen Versorgungsanlage gegenüber Einzelanlagen verstärkten.“

Frankreichs Außenhandel. Nach statistischen Angaben des „Journal“ über den Außenhandel hat Frankreich im laufenden Jahre statt der üblichen sieben bis zehn Millionen Jahreseinfuhr an Getreide bereits dreißig Millionen Doppelzentner vom Ausland bezogen, deren Wert sich auf mindestens eine halbe Milliarde Frank beläuft. Die Fleischeinfuhr sei von 100 000 Doppelzentnern im laufenden Jahre bereits auf 1,8 Millionen Doppelzentner, die Zuckereinfuhr um das Dreifache auf vier Millionen Doppelzentner und die Auslandbezüge an Eisen und Stahl, die normalerweise eine Million Doppelzentner erreicht hätten, seien auf 16,5 Millionen Doppelzentner gestiegen. Die Kupferbezüge hätten sich verdoppelt und betrügen 1,5 Millionen Doppelzentner. Die Einfuhr an Gußeisen habe sich von 0,5 auf 5 Millionen Doppelzentner erhöht.

Die „Journal“ weiter ausführt, rührt die Kohlennot Frankreichs heute unmittelbar von der Krise des Seeverkehrs her. Das Problem sei rein maritimer Natur geworden, da die Schiffsankünfte in den französischen Häfen unzureichend seien. Diese Auffassung bekräftigt das „Journal“ durch die Anführung folgender statistischer Zahlen. Im Mai wurden zwei Millionen Tonnen Kohle eingeführt; im Juni sank die Einfuhr auf 1,6 Millionen die in den kommenden Monaten nicht mehr erreicht werden, sodas die Kohleneinfuhr des letzten Halbjahres einen Fehlbetrag von mindestens 2,5 Millionen Tonnen aufwies. Nach der gleichen

Stattfall kann die Kostenersatz im November höchstens 1 475 000 Tonnern statt der erforderlichen Mindestzahl von zwei Millionen erreichen. (W. T. B.)

Hohe Geldsätze in New York. Die schon charakterisierte Geldverwertung verschärft sich. Der Durchschnittsatz von täglichem Geldstieg vom 4. bis 5. Dezember von 8 auf 9 Prozent, für letzte Darlehen von 7 auf 9 Prozent!

Soziales.

Ein Streit um die Feuerzulage der Töpfer beschäftigte die Kammer 8 des Gewerbegerichts. Infolge einer Vereinbarung zwischen dem Töpferverband und der Zunftung ist die frühere festgesetzte Feuerzulage von 10 Proz. vom 10. Oktober ab auf 15 Proz. erhöht worden. Zwei Kläger, die beim Töpfermeister R. beschäftigt waren, beanspruchten die Nachzahlung der Zulage. Der Kläger L., der schon längere Zeit einen Wochenlohn von 54 M. erhalten hatte, bekam seit dem 9. September 60 M. wöchentlich und beanspruchte für drei Wochen nach dem 10. Oktober 15 Proz. Zuschlag auf 60 M., also zusammen 27 M. Der Beklagte gab an, in der Lohnerbhöhung von 54 auf 60 M. liege der damals geltende Zuschlag von 10 Proz., der Kläger könne demnach für die Zeit nach dem 10. Oktober nur noch 5 Proz. Zuschlag verlangen. Diesem Standpunkt trat auch das Gericht bei. — Der Kläger G., der ebenfalls einen Wochenlohn von 60 M. hatte, wollte aufhöhen, aber der Meister bewegte ihn zum Weiterarbeiten mit den Worten: „Wenden Sie nur, Sie bekommen auch noch die 15 Proz.“ — Auf Grund dieser Zusage hielt das Gericht die Forderung des Klägers, ihm die vollen 15 Proz. auf 60 M. zu zahlen, für berechtigt.

Streitige Auslegung einer Lohnvereinbarung. Die in Berlin anfällige Aktiengesellschaft für Rombergbau stellte für Arbeiten in der Nähe von Bitterfeld Zementierer durch Vermittlung der Leipziger

Zweigstelle des Deutschen Bauarbeiterverbandes ein. Den Zementierern wurde der Berliner Lohn und eine Landzulage von täglich 2 M. zugesichert. Der Berliner Tariflohn betrug zu jener Zeit 81 1/2 Pf. pro Stunde. Vom 15. April ab erhöhte er sich aber laut tariflicher Bestimmung um 11 Pf. pro Stunde. Die erwähnten Zementierer beanspruchten nach dem 15. April diese Erhöhung. Die Firma verweigerte dieselbe, die Zementierer wandten sich an den Bauarbeiterverband, daraufhin entstand zwischen diesem und der Firma eine Korrespondenz, die sich längere Zeit hinzog, aber an der ablehnenden Haltung der Firma nichts änderte.

Fünf Zementierer, die teils bis zum August, teils bis zum September auf der betreffenden Baustelle gearbeitet hatten, klagten beim Berliner Gewerbegericht auf Nachzahlung der Differenz von 11 Pf. pro Stunde, was im ganzen einen Betrag von über 500 M. ergibt. Die Kläger begründeten ihren Anspruch damit, daß, weil der Berliner Lohn mit ihnen vereinbart wurde, ihnen auch die nach ihrer Einstellung in Kraft getretene tarifmäßige Erhöhung des Berliner Lohnes zuzurechnen sei. — Die beklagte Firma wandte dagegen ein, die Vereinbarung sei so aufzufassen, daß der zur Zeit der Einstellung der Kläger geltende Berliner Lohn für die ganze Dauer ihres Arbeitsverhältnisses gezahlt werde und später für Berlin eintretende Änderungen hierbei nicht in Frage kämen.

Auf diesen Standpunkt stellte sich auch die Kammer 8 des Gewerbegerichts. Sie schloß aus der Form der mit den Klägern getroffenen Vereinbarung, daß sie nicht den jeweils üblichen, sondern den zur Zeit der Einstellung geltenden Berliner Lohn und 2 M. Landzulage erhalten sollten. Die Klage wurde deshalb abgewiesen. Das Gericht hat auch — wie in der Urteilsbegründung gesagt wurde — erwogen, ob den Klägern etwa die nach dem Reichstarif eingetretene Feuerzulage von 6 Pf. pro Stunde zugesprochen werden müßte. Aber diese Frage ist verneint worden, weil der Lohn der Kläger höher war als der für ihre Arbeitsstelle geltende tarifliche Ortslohn.

Erhöhung des Krankengeldes für kinderreiche Familien. In der „Betriebskrankenkasse“ (Nr. 17) tritt Emil Vensiek dafür ein, daß

für Krankenkassenmitglieder, die längere Zeit krank und arbeitsunfähig sind, aber mehrere noch nicht erwerbsfähige Kinder zu versorgen haben, das Krankengeld erhöht wird. Bedenkt man, daß die R.-V.-D. im günstigen Falle die Gewährung eines Krankengeldes von 4,50 M. pro Tag zuläßt, das in der Regel nur für die Wochentage gezahlt wird, so ist ohne weiteres klar, daß bei längerer Krankheitsdauer eine unerschuldete Kostlage eintreten muß. Eine übermäßige Belastung der Krankenkassen würde kaum entstehen, da kinderreiche Familien nicht so zahlreich sind. Allerdings würde es einer Verringerung der R.-V.-D. bedürfen.

Eingegangene Druckschriften.

Autonomie? Zur Frage der Neugestaltung Oesterreichs von Dr. H. Müller. 90 S. — „Leopold“ Verlag, Graz.
Notizkalender für Gemeinde- und Staatsarbeiter 1917. 1 M., für Mitglieder 60 Pf. — Selbstverlag des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. — Berlin W 57.
Rass und Völkernationen eigene Kolonien erschaffen. Von Dr. H. Hammer. 40 S. Kolonialwirtschaftliches Komitee. — Berlin W, Gantner Platz 7.
Oesterreichs Erneuerung. Vollständig-programmatische Aufsätze von Dr. R. Henner. 2 Bände. 208 Seiten. — Wiener Volksbuchhandlung, J. Brand u. Co., Wien 6.
Der Einfluß des Krieges auf schwebende Lieferverträge im Lichte der Rechtsprechung. Von Rechtsanwält Plam. 1,25 M. — W. Koeler, Berlin S 14.
Dreißig Jahre. Nach Aquarellen von B. Ruhnert, B. Händert, R. Friele u. a. 1. Teil: Die Reichsblätter. 10 M. — Bibliographisches Institut, Leipzig.
Das Gänsemännchen. Roman von J. Hoffmann. 3 M., gebd. 3,75 M. — E. Pfeifer, Berlin, Wilhelmstr. 90.
Sturmzüge. Kriegsnovellen von C. Tuhe. Gebd. 2,60 M. — Wintergärt. Ein tröstliches Buch in erster Zeit. Gebd. 2,40 M. — Quelle u. Meyer, Leipzig.
Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Vormittag frühe mit geringen, nur im Westen härteren Niederschlägen.

Unserm Begleitführer Emil dem Geste die herzlichsten Glückwünsche zu seinem 70. Geburtstag. Möge es ihm vergönnt sein, noch viele Jahre in unserer Mitte zu verbleiben. Die Genossen d. 156. Bez. Teil II.

Verband der Lithographen, Steindruckern, verwandten Berufe (Vereinschaft Berlin.) Lithographen. Am Sonnabend, den 2. Dezember, verstarb an den Folgen eines Schlaganfalls unser lieber Kollege, langjähriger, fleißig tätiger Mitglied, Vorsitzender der Fachkommission, der Lithograph Emil Jehnicke. Seine Hinterbliebenen sichern ihm ein dauerndes, ehrendes Andenken. Die Einäscherung der Leiche findet am Freitag, den 8. dieses Monats, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium in Baumjulenweg, Westhofstraße 111. — Nächste Beerdigung: Berlin — Bahnhof Baumjulenweg. 109/10 Die Ortsverwaltung.

Verband der Bureauangestellten Deutschlands. Ortsgruppe Groß-Berlin. Am 2. Dezember verstarb unser Mitglied, Krankenkassenangehörter Emil Jehnicke (Krankenkasse der Steindrucker) Ehre seinem Andenken! Die Einäscherung findet am Freitag, den 8. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Treptow (Station Baumjulenweg) statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht 40/13 Die Ortsverwaltung.

Statt besonderer Anzeige! Am Freitag, den 1. Dezember 1916, starb im Vereinslazarett Diakonienhaus Eisenach an den Folgen seiner am 28. Juli 1916 erhaltenen schweren Verwundungen unser lieber, hoffnungsvoller Sohn und Bruder, der Violon Richard Jacobsen im 22. Lebensjahre. 14591 Dies zeigen tiefbetrübt an Max Jacobsen und Frau Marie geb. Schiebel, Hedwig Jacobsen, Bruno Jacobsen. Berlin-Oberbaumgarten, 6. Dez. 16. Mathenaustr. 23. Die Einäscherung hat im Krematorium zu Eisenach stattgefunden. Die Ruhe ruht auf dem hiesigen Gemeinde-Friedhof.

Verband der Sattler und Portefeuillier. Ortsverwaltung Berlin. Den Kollegen hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Sattler Gustav Püschel verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Jerusalemstriedhofs in der Hermannstraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 143/9 Die Ort. Verwaltung.

Gewidmet zum 37. Geburtstage meines über alles geliebten guten Vannes, dem treusorgenden Vater meiner Kinder Richard Schöbel Landsturmann im Infanterie-Reg. 99, gefallen am 25. Sept. 1916. Jerrissen ist unser gemächliches Heim, gesüßet mein ganzes Dasein. Was nicht es, daß man sich müht und quält: die Krone des Hauses fehlt. Doch was nützen viele Worte und Beschlagen, diesen Schmerz kann man nicht in Worten lagern. 15896 Die tieftrauernde Gattin Anna Schöbel und Kinder. Lieber Papa, schol in Ruh, unsre Liebe best. dich zu. Deine Gaben Wägen u. Kartchen.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin. Bezirk Neukölln. Am 4. Dezember starb unser Mitglied, der Radspitzer Albin Bornschein. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Jerusalemstriedhofs in der Hermannstraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 143/9 Die Ort. Verwaltung.

Zum 40. Geburtstag. Als Opfer des Weltkrieges fiel am 20. September mein lieber Mann und treusorgender Vater seiner Kinder, der Landsturmann Karl Demming Inf.-Reg. Nr. 255, 6. Komp. In tiefem Schmerz Luise Demming und seine Töchter Luise und Heril. 445 Ob ich den Ort, an dem Du starbst, wohl jemals sehen werde? Fern von der Heimat ruht Dein Leid in kalter, fremder Erde. Nicht dürfen wir zum letzten Male Dein liebe Hand zerdrücken, nicht Deines Grabes Hügel hüß mit Liebesrosen schmücken. Wer weiß, ob Deinen Todessehnen ein anderes Ohr vernommen? Ob Du in Dürst und Hungerqual nicht eben umgekommen? Wer weiß, ob Deines Lebens Lauf im Siegesrausch gendel? Ob nicht der Holze, junge Leib war munter und gesund? Die Todesstunde schlug für uns zu früh, Darum vergessen wir Dich nie. Ruhe laßst in fremder Erde.

Westmann's Trauermagazin. Größte Auswahl. Billigste Preise. 1. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden) 4. Or. Frankfurter Str. 11 (nahe Andreasstr.) Auswahlsendungen sofort. Am 1. Zentrum 1090. Sonntag 12—2 Uhr geöffnet.

Wenn Haarausfall hat vollkommen aufgehört. Selbst wenn schon die Haare ausfallen, und der Kopf bald ganz kahl ist, so kann man durch Westmann's Haarschwamm, ein nach langem Gebrauch gleich wirksames Mittel, die Haarbüschel an dem Wunderteil Berlin, Lindenstr. 2, 2. 20. 21. Spezialarzt Dr. Dieckhoff, die russische Haarschwamm-Produktion, Otto Reiche, Berlin 13, Bismarckstr. 4

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die herrlichen Kranzspenden bei dem Begräbnis meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Schwiegervaters und Großvaters, des Krankenkassenbeamten Franz Breska sagen wir allen Beteiligten herzlichsten Dank. Besonderen Dank dem Direktor Herrn Albert Kohn, dem Vorstand und dem Personal der Allgemeinen Krankenkasse der Stadt Berlin, dem Stadtschreiber Herrn Walter Manasse für die schöne Rede am Sarge, den Sängern, den Angestellten des Deutschen Transportarbeiterverbandes und dem Vorstand der Bureauangestellten. Die trauernden Hinterbliebenen Elise Julie Breska geb. Kohl Hedwig Sommerfeld geb. Breska Max Sommerfeld, jenseit im Heide und Enkel. 15945

Orts-Krankenkasse für die Gewerbe der Tischler und Pianoarbeiten zu Berlin. Bekanntmachung. Auf unser Wahlkreisreiben vom 7. November 1916 betreffend Ergänzungswahlen der Versicherten zum Vorstande ist außer dem Wahlvorsitz des Vorstandes kein weiterer Wahlberechtigter eingereicht. Die in dem Wahlprotokoll des Vorstandes an erster Stelle benannten 8 Wahlnehmer gelten nach § 9 der Wahlordnung als Vorstandsmitglieder der Ortskrankenkasse bis 31. Dezember 1917, die in der Liste weiter benannten 13 Arbeitnehmer für die gleiche Zeit als Stellvertreter gewählt. Der für den 8. Dezember 1916 angelegte Wahltermin wird hiermit aufgehoben. Die Gültigkeit der Wahl kann innerhalb eines Monats nach der Bekanntmachung des Wahlergebnisses bei dem Kassenvorstand oder dem Versicherungsamt der Stadt Berlin angefochten werden. 272/19 Berlin, den 6. Dezember 1916. Emil Boeske, Vorsitzender. Fritz Zinke, Schriftführer.

Fett-Gänse. Pfund 5.20—5.50. Extra fette Gänse 6.— Gänsefleisch 4.50 Gänsehälften 3.30 u. 3.50 Gänse-Rücken und Keule 5.—5.20 Feder 7.50 Gantletten und Darmfett 11.— Geräucherter Rollkause 9.— Hoffbrüste 11.— Im Engros Preisermäßigung. S. Kolinski, Winstler, 462. Berlin SO 16 Brückenstr. 10b II am Hannovers-Bahnhof.

Stoffe für Maß-Anzüge, Paletots, Damen-Kostüme, Mäntel. Meter 10.—, 14.—, 16.—, 20.—. Seiden-Seal, Astrachan. Tuchlager Koch & Soelund G. m. b. H., Getraudenstr. 20-21, gegenüber der Patrikirche.

Heilanstalt für naturgemäße Heilweise; Licht- u. Elektro-Therapie, Homöopathie, Pflanzen- sowie Sauerstoff-Verfahren. Erfolgreiche, langjährige Behandlung früherer u. späterer Krankheitsfälle jeder Art! Nerven- und ärztlicher, mögl. ohne Verzicht auf ärztliche u. Behandlungsgeld 9.— u. 4.—? Sonntag und Feiertags 5.—1 Uhr. Berlin SO 16 Brückenstr. 10b II am Hannovers-Bahnhof.

Lombard-Haus. M. Graf, Leipzigerstr. 75 II. Volle normale Belichtung. Diskretion, Reellität. Gelegenheitskäufe. Uhren. Brillanten. Schmucksachen. 10—50%, unter Ladenpreis.

Fredy Zigaretten. direkt in der Fabrik zu Fabrikpreisen. 1000 St. 1a 14.— 1000 „ Fredy-Zigaretten 1b 20,50 1000 „ Harry Walden 3 25.— 1000 „ Deutscher Sieg 1d 41,50 Verkauf auch in kleinen Quanten direkt in der Zigarettenfabrik Fredy, Berlin, Brunnenstr. 17, Hof. Arbeiter Gesundheits-Bibliothek Jedes Heft 20 Pfg.

Für Schuhmacher! Ausgestanzte Oberlecke sortiert in Damen-, Herren- u. Kindergröße, Pfund 5 Mark, sowie Ober- u. Unterleckerabfälle Bruno Sensfuß, Lederabfälle, Brunnenstr. 33, Tel. 191. Haben Sie Fußbeschwerden? empfehle nach Maß passend gearbeitete Stützsohlen (sowie Bruchbänder aller Art, Leibbinden, Stützbrillen usw., Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege. Pollmann, Handgigist, Berlin N, Lothringerg Str. 60, Lieferant für Krankenkassen. Münzen kauft Rob. Ball, Köppl. Wägen- u. dgl., Berlin, Wilhelmstr. 46/47

Golange Vorrat reicht liefert die Buchhandlung Vorwärts SW. 68, Lindenstr. 3, und die Ausgabestellen

Die Neue Welt. Illustriertes Unterhaltungsblatt für Wissenschaft, Belehrung und Unterhaltung. Es sind vorhanden: Jahrgang 1899, 1901, 1908, 1909, 1911 bis 1915. Geklebt und gebunden 4.— M.
Marr, A., Das Kapital. 3 Bände. Halbfranz gebunden früher 35.— M., jetzt 25.— M.
Schlosser, Fr. Chr., Weltgeschichte. 20 Bände in 10 Bänden. Statt Gebd. 50.— M., für 35.— M.
Beyer, C., Im Pharaonenlande (Ägypten). Reisebeschreibungen aus Ägypten. Statt Gebd. 6.— M., für 1,50 M.
Ceres, G. H., Goethes Leben und Werke. Die mit literarischen und kritischen Anmerkungen versehene Ausgabe ist eine der besten Goethe-Biographien. Statt Gebd. 6.— M., für 3.— M.
Mantegazza, P., Die Physiologie des Haffes. Statt 7.— M., für 1,50 M.
Pöhl, Christian, Die Blütezeit der deutschen polnischen Lyrik von 1840—1850. Statt Gebd. 10.— M., für 3,50 M.
Seidel, R., Friedrich der Große. „Der Heros der deutschen Volksbildung“ und die Volksbildung. Statt Gebd. 1,50 M., für 1.— M.
Kobell, Dr. W., Die Verbreitung der Tierwelt. Mit zwölf Tafeln und vielen Textillustrationen. Statt Gebd. 20.— M., für 6.— M.
Jacoby, C., Lanka. Ein Gedicht aus Indien. Statt 2,50 M., für 0,50 M.
Sindler, Der Industriekolon. Geschichte eines amerikanischen Millionärs. Statt 2.— M., für 0,50 M.
Pregang, Ernst, Die Glasblase. Statt 2.— M., für 0,50 M.
Herysche Größe. Geschichte von Großmann. Statt 2.— M., für 1,20 M.
Aus dem Inhalt: Ein nächstlicher Ruf. — Der Verteidiger. — Debatte über das Beten. — Der Staatsanwalt Dunter. — Die Hinrichtung.
Rehm, Herrn. Siegf., Das Buch der Marionetten. Statt Gebd. 12.— M., für 6.— M.
Ruppius, Otto, Amerikanische Reiseromane und Erzählungen. Jeder elegant gebundene Band ist einzeln zu haben und kostet statt 2.— M., 1,25 M.
1. Der Pöbel. 2. Vermitt. 3. Zwei Welten. 4. Vermittnis des Peblers. 5. Mary Kreuzer. 6. Eine Karriere in Amerika. 7. Buschlerche. 8. Geld und Geist. 9. Schul-lehrerleben im Westen.
Außerdem empfehlen wir einen Posten älterer Reclam-Bändchen. Je 4 Rm. für —,50 M.

Kopenhagener Raftabak. das nicht mehr einzuholen werden. Bester Ersatz für Kapitan-Kopenhagener feinsten Qualität in denselben Verpackung. Erhältlich in den meisten Geschäften. E. Röder, Berlin, Grüner Weg 111. (Rij. 3861.) Hauptniederlage d. Kapitän-Tabake sowie Nordhäuser u. Wäpfl. Raftabake. Zigaretten zu Original-Fabrikpreisen.

Aus Groß-Berlin.

Verlockung im Inzeratenteil.

In den Anzeigen der Presse wimmelt es von fettgedruckten Riesengänzen, Puten, Rasthaushähnen und sonstigen vielversprechenden Tiergattungen, die der höheren Gattung Mensch zur Abung dienen, soweit man sie bezahlen kann. Freilich, die Pfandpreise sind längst auf 4 und 5 M. hinaufgeschwollen, und nicht jedermann erfreut sich eines entsprechenden Einkommens. Ja ist es doch bekant genug, daß unglückliche Familien ihre Fleischkarten und ihr Verzeichnisset in der Kundenliste eines Fleischer gar nicht ausnuhen, weil ihnen sogar die festgesetzten Höchstpreise für die gewöhnlichen Fleischgattungen unerschwinglich sind. Mit der noch und nach ins allgemeine Bewußtsein übergegangenen Kriegsmagime von der gleichen Ernährung des abgerundeten Volkes steht es aber unlaugbar im Widerspruch, wenn sich gerade Leute, die nicht durch schwere Körperliche oder geistige Arbeit ihre Kräfte rasch und intensiv verbrauchen, Geflügel und Lederbissen immer noch kraut über Geldtasche kaufen können, so oft und so viel sie wollen. Auf der anderen Seite fehlt es nicht an Beschwerden, daß die Ersatzstoff-Wirtschaft sich auch auf Krankenhäuser ausdehnt, daß die Schnappheit vor ihnen nicht halt mache. Bei den Menschenverlusten, die der Krieg notwendig mit sich bringt, sollte die volle Wiederherstellung und mögliche Kräftigung gerade der Kranken eine der wichtigsten Aufgaben der Gesamtheit sein. Deshalb mühen das teure Geflügel und was es sonst an nicht allgemein zugänglichen und für Gesunde auch nicht unentbehrlichen Kraftnahrungsmitteln gibt, in allererster Linie den Krankenhäusern und Lazaretten zuzuführen werden. Komptenzfragen, wer das bezahlen soll, dürften in Fragen der Volksgesundheit ebensowenig eine Rolle spielen wie der Betrag der dafür nötigen Ausgaben. Was liegt heute an ein paar Millionen, wo jede Minute Weltkrieg ungeheure Summen kostet. . .

Kohlennot.

Wie wir schon vor einigen Wochen feststellten, herrscht in Groß-Berlin ein empfindlicher Kohlenmangel. Und seitdem ist es nicht besser, sondern schlimmer geworden. Besonders in den arbeiterreichen Gegenden und Vororten, wie beispielsweise im Norden von Berlin, Neukölln usw., ist eine bedenkliche Kohlennot. Vor allem herrscht ein großer Mangel an Preklohlen (Weißes), was um so empfindlicher ist, als die Ofen in den meisten Wohnungen, besonders in kleineren und mittleren, nur auf Preklohlenheizung eingerichtet sind. Die Kleinhandler erhalten nur von Zeit zu Zeit geringe Mengen Kohlen, so daß sie der Nachfrage nicht im geringsten entsprechen können. Sind eine, oder wenn es hoch kommt, mehrere Frühen Kohlen beim Händler in Aussicht, so steht man Hunderte von Frauen und Kindern aus allen umliegenden Straßen mit Kochwagen, Handwagen, Kinderwagen, Säden und Gemern herbeiströmen, und nun beginnt das stundenlange „Anstehen“. Bei weitem nicht alle Wünsche der Käufer können befriedigt werden; wie es bei allen diesen Polonäsen der Fall ist, gehen auch hier viele leer aus, und nicht selten ist das stundenlange Stehen sämtlicher Leute vergeblich, wenn eine angekündigte Partie ausbleibt. Gar manche Familie ist zurzeit vollständig ohne Heizmaterial, und kranke Personen liegen in ungeheizten Räumen. Der Notstand ist ernst und bedarf eines sofortigen Eingreifens der in Betracht kommenden Behörden. Sicher scheint so gut wie gar nichts zur Abhilfe geschehen zu sein.

Wie berichtet wurde, besteht ein tatsächlicher Mangel an Kohle in den Kohlenrevieren nicht. Auch Preklohlen sind in reichlichen Mengen vorhanden. Die Großhändler führen die Kräfte auf den Arbeitermangel in den Lieferungsbezirken und auf den ungenügenden Güterverkehr zurück. Das letztere ist die Hauptschuld an dem Mangel. Die Eisenbahnverwaltung hat nicht rechtzeitig und in ausreichendem Maße das erforderliche Wagenmaterial zur Verfügung gestellt. Wie weit von Zechen und Großhandel etwa passivere Kräfte zur Erzwingung höherer Preise geübt worden ist, läßt sich von hier aus nicht kontrollieren. Die Absicht, den unentbehrlichsten aller häuslichen Bedarfsartikel, das Heizmaterial, zu verteuern, ist ja wiederholt sehr deutlich hervorgetreten. Weiter wird auch gesagt, es fehle manchen Berliner Großhändlern an Arbeitskräften zur Abfuhr von den Bahnhöfen. Das kann kein ernstliches, kein unübersteigliches Hindernis der schnellsten Bekämpfung der Berliner Kohlennot sein. Die Großhändler klagen zum Beispiel darüber, daß man ihnen nicht genügend Arbeiter, vor allem aber nicht genügend Kutscher, gelassen habe, daß, während in den verschiedenen Pferdebedarfsdepots in der Umgebung von Berlin Hunderte von Berliner Kutschern eingestellt sind, die tatsächlich nichts zu tun haben, sie selber ihre Pferde aus Mangel an Fahrpersonal untätig im Stall stehen lassen müssen usw.

Der Feldzug in der Dobrudscha.

2.

Der Bericht aus dem Hauptquartier des Generalfeldmarschalls von Raden, der die Vorgänge des Vormarsches in der Dobrudscha darstellt (siehe die gestrige Nummer des „Vorwärts“), fährt fort:

In dem sich verengenden Schlauch der Dobrudschaschleife standen die verstärkten feindlichen Divisionen in immer dichteren Reihen gegenüber. Trotzdem wurden Angriff und Verfolgung ohne einen Tag Ruhe fortgesetzt. Bereits fünf Tage nach der Einnahme von Silistria hatte der deutsche linke Flügel den Donautal mit 25 Kilometer südlich von Cernavoda erreicht. Die Front zog sich von hier genau südwärts und bog nördlich Dobric nach Osten um. Die feindliche Armee war somit in den rechten Winkel unserer Linie eingekesselt. Das loderte ihre Widerstandskraft. Tollends gemüht aber wurden die des Feuers ungewohnten rumänischen Truppen durch den unablässigen eisernen Druck der Verfolgung. Der energische Wille der Führung zeigte sich in der Verfolgung. In prächtiger Stimmung weitestgehenden bulgarische und deutsche Kavallerie, in aneinandergeschlossenen Reihen die deutschen, bulgarischen und türkischen Bataillone. Auch die Beschaffenheit des Bodens, die dem Nachschub die größten Schwierigkeiten bereitete, vermochte die angespannteste Verfolgung nicht aufzuhalten. Besonders empfindlich war der Mangel an Wasser, das in Tanks und Wagen durch mit Büffeln und Ochsen bespannte Kolonnen aus dem Hinterlande nach vorne gefahren werden mußte. Dem langsamer folgenden Gros gingen daher Vorhut voran, die die Fühlung mit dem Feinde behielten und ihm die Möglichkeit nahmen, sich in günstigen Geländestellen festzusetzen.

Der am weitesten vorgebrungene deutsche linke Flügel zog Mitte September schwere feindliche Angriffe auf sich. Ein ostpreussisches Regiment, das in Eilmärschen von täglich 50 bis 60 Kilometer nachgezogen war, ließ hinter Silistria zu dem Detachement von S., das an der Einnahme von Tutakan zum reichlichen Anteil hatte. Das deutsche Detachement wurde zusammen mit dem eingetroffenen Regiment und einigen bulgari-

Es müssen schleunigst Notstandsmaßnahmen zur sofortigen Beseitigung der gegenwärtigen Gefährdung der öffentlichen Gesundheit unternommen werden. Jeder Tag kann uns die grimmigste Winterkälte bringen. Und bei dem gegenwärtigen Ernährungszustand der Mehrzahl der Großstadtbewohner würde die Heizungsnot zu den anderen Entbehrungen unabsehbare Gesundheitschädigungen herbeiführen müssen.

Eine Eingabe an das Kriegsernährungsamt.

So kann es nicht weitergehen! Das ist das allgemeine Gefühl in den breitesten Schichten der Bevölkerung bei der Beobachtung der traurigen Erscheinungen auf dem Lebensmittelmarkt. Aber auch die Magistrate derjenigen Städte, die sich die Versorgung ihrer Bevölkerung mit Lebensmitteln — mit billigen Lebensmitteln wagt man ja schon gar nicht mehr zu sagen — angelegen sein lassen, werden zu der gleichen Auffassung gezwungen. So auch der Magistrat von Neukölln, der in einer Eingabe an das Kriegsernährungsamt auf die unhaltbaren Zustände hingewiesen und Vorschläge zur Besserung gemacht hat.

In der Eingabe wird gesagt, daß es der meistens aus minderbemittelten Personen bestehenden Bevölkerung Neuköllns unter der Herrschaft der jetzt geltenden Lebensmittelpreise nicht möglich sei, den nötigen Unterhalt zu bestreiten, daß die Unterstützungen der Kriegereinfamilien nicht mehr dazu ausreichen und die betreffenden Familien nicht einmal in der Lage seien, die ihnen zustehende geringe Fleischmenge zu kaufen. In der Bevölkerung würde es ganz besonders schmerzhaft empfunden, daß die Teuerungsvorgänge vielfach auf Wuchermassnahmen im Großhandel zurückzuführen seien. In Abschrift wird ein an den sozialdemokratischen Stadtverordneten Kloth gerichtetes Schreiben einer Berliner Großhandelsfirma für Gemüse und Obst beigelegt, woraus hervorgeht, daß der von den staatlichen Behörden eingesezte Verkaufsvermittler Blaumann, an dessen Adresse alle ausländischen Obst- und Gemüsebestellungen für Groß-Berlin gerichtet werden müssen, an eine in Waggon — ohne jedes Risiko — nicht weniger als 540 Mark Provision verdiente. Dem Drängen der einführenden Firmen ist es zu verdanken, daß der Provisionsfuß von 6 auf 3 Proz. des Warenwertes herabgesetzt wurde, wovon 1 Proz. dem Kriegsernährungsamt und 1 Proz. der Stadt Berlin zufließt.

Der Neuköllner Magistrat weist ferner auf die fast immer zu spät erfolgende Festsetzung von Höchstpreisen und auf das Verschwinden der im Preis beschränkten Waren aus dem freien Handel hin. Es wird daher die Festsetzung von Höchstpreisen für sämtliche Lebensmittel bis zum beendeten Anbau der Garten- und Feldfrüchte vorgeschlagen. Wie bei dem Großhandel kein nennenswerter Gewinn, so würde dadurch der unmittelbare Verkehr zwischen Erzeuger- und Verbrauchergemeinden eintreten. Die Erbitterung über den Lebensmittelwucher sei in der Neuköllner Bevölkerung überaus groß. Der Magistrat gebe sich zwar alle Mühe, durch Beschaffung von Lebensmitteln, unter Zubuße der Stadtgemeinde, der Lebensmittelnot zu steuern, allein es sei ihm das sehr schwer. Daher bäte er um Ausrottung des Lebensmittelwuchers durch rechtzeitige Festsetzung von Höchstpreisen schon beim Anbau der Feldfrüchte oder um die Verabschlagnahme sämtlicher Lebensmittel für das neue Erntejahr.

Der Neuköllner Magistrat ist bis jetzt sozialistischer; kommt er trotzdem zu Forderungen, die sich sehr denen nähern, die der sozialdemokratische Parteivorstand in Verbindung mit der Generalkommission der Gewerkschaften gleich im Anfang des Krieges und nachher bei jeder sich bietenden Gelegenheit gestellt hat, so kann das wohl als der beste Beweis dafür gelten, wie sehr diese Vorschläge nicht irgendwelchem Parteinteresse dienen, sondern der wirtschaftlichen Sicherung des Volkes mitdar gemacht werden sollten, bis Deutschlands Gegner zum Frieden bereit sind.

Der Lindentunnel

soll am nächsten Sonntag um 12 Uhr mittags durch die Gemeindebehörden Berlin ohne besondere Feierlichkeit dem Verkehr übergeben werden. Um zu erproben, ob Oberleitung

und sonstige Einrichtungen zuverlässig funktionieren, wurden gestern gegen Mittag eine Anzahl Wagen verjuchweise durch den Tunnel hindurchgelassen. Die Proben gaben, wie zu erwarten war, zu keinerlei Anständen Anlaß, so daß die landespolizeiliche Abnahme am Sonnabend wohl glatt vonstatten gehen wird. Zu den gestern im „Vorwärts“ veröffentlichten Betrachtungen eines gelegentlichen Mitarbeiters über dieses Bauwerk sei nachgetragen, daß die Stadt den Tunnel erbaut hat. Unserer lieben „Großen Berliner“ ist die bescheidene Rolle zugefallen, nur Mitbenutzerin dieses Verkehrsweges zu werden. Für die Verkehrsunternehmungen der Stadtgemeinde Berlin hat der Tunnel eine ganz außerordentliche Bedeutung. Nur durch ihn war es zu erreichen, daß ihren Straßenbahnlinien jetzt endlich die notwendige Verbindung zwischen Norden und Süden über die „Linden“ hinweg (oder vielmehr drunter weg) gegeben werden kann. Jetzt erst erhält die Stadtgemeinde die volle Möglichkeit, in wirksamem Wettbewerb mit der Großen Berliner Straßenbahn-Besellschaft zu treten. Das andere, noch größere Verkehrsunternehmen der Stadtgemeinde, die gleichfalls von ihr erbaute Nord-Süd-Untergrundbahn vom Wedding nach Neukölln, wird nach der hoffentlich in nicht zu fernem Zeit zu erreichenden Fertigstellung eine noch stärkere Waffe in dem Kampf gegen die mächtige Monopolstellung privatkapitalistischer Verkehrsgesellschaften sein.

Arzt und Arbeiterfrau.

Geduld mit einander zu haben, wird in dieser schweren Zeit immer wieder und allen gepredigt. Mühte nicht besonders ein Arzt mit denen Geduld haben, die für sich oder für ihre Familie keine Hilfe erbitten? Es soll zugegeben werden, daß die Kriegszeit den dabeiingeliebten Ärzten ein reichliches Maß von Arbeit aufbürdet. Wenn aber bei Ansehungen der vielleicht begrifflichen Verunsicherung eines Arztes auch mal eine Arbeiterfrau sich ihrer wohl nicht minder begrifflichen Verunsicherung überläßt, kann man sich darüber wundern? Wenn sie unfreundliche Worte mit einer scharfen Erwiderung zurückweist, hat dann der Arzt ein Recht, plötzlich die „Respektsperson“ herauszufahren?

Die Frau eines zum Heere einberufenen Arbeiters klagt uns, daß einer der Berliner Ärzte, die auf Städtischen unentgeltliche Kriegereinfamilien behandeln, ihr in ungehöriger Weise entgegengetreten sei. Wegen einer Erkältung, die ihren sechsjährigen Knaben befallen hatte, suchte sie den Arzt in seiner Sprechstunde auf. Daß sie am ersten Tage ohne die für eine Behandlung von Kriegereinfamilien erforderliche Bescheinigung kam und am zweiten Tage eine ihr vom Bezirksvorsteher persönlich übergebene unrichtige Bescheinigung brachte, ärgerte den vielbeschäftigten Arzt. Verbeißlich sagte er ihr, sie solle ihn nicht immer belästigen, soviel Zeit habe er nicht für sie. Als sie sich diesen Ton verbat, wies er sie zur Ruhe. Am dritten Tage gab es einen neuen Zusammenstoß, weil die Frau den Arzt fragte, warum er ihr so dumm komme. Sie erbat sich einen Ausweis, wie sie ihn nicht erwartet hatte. Der Arzt habe, versichert sie uns, sie heruntergemacht: ein ganz dummes Weib sei sie — und was sie sich eigentlich einbilde — sie sei ja eine ganz gewöhnliche Arbeiterfrau. Wir wollen darauf verzichten, all die schärfsten Ansehungen hier wiederzugeben, die er der Frau zu hören gab. Daß sie ihm die Antwort nicht schuldig blieb, steigerte noch seine Verregung. Das Ende vom Aede war, daß er sie zu weiterer Behandlung des Knaben einem anderen Arzt überwies. Diermit war die Arbeiterfrau durchaus einverstanden, weil sie nach solchen Erfahrungen diesen Arzt nicht weiter bemühen mochte. Der Chemann, der zufällig zwei Tage darauf von der Front nach Berlin kam, war entrüstet über das, was ihm da berichtet wurde.

Gegen einen Arzt, der auf Städtischen unentgeltliche Kriegereinfamilien zu behandeln übernommen hat, steht selbstverständlich Kriegereinfamilien das Recht der Beschwerde zu, wenn er Anlaß dazu gibt. Beschwerden wären in Berlin an das Militärbureau des Magistrats zu richten.

Ein Totengräber, der nicht warten kann.

Auf dem von der Berliner Stadthofe eingerichteten Friedhof bei Ahrensfelde kam es bei der Beerdigung einer alleinstehenden Frau zu einem peinlichen Austritt. Infolge der Spärlichkeit des Eisenbahnverkehrs nach dem entlegenen Friedhof mußten die Teilnehmer an dem Begräbnis, das erst auf 1/4 Uhr anberaumt war, einen Zug benutzen, der um 1/3 Uhr eintraf. Nachdem sie da draußen sich in einer Gastwirtschaft mit Kaffee gesättigt und bei einem Blumenhändler ein paar Kränze gekauft hatten, betreten sie den Friedhof um 1/4 Uhr. Das Trauergefolge meldete sich bei dem Friedhofsinспектор, aber der konnte nur mit Bedauern antworten, die Leiche sei schon der Erde übergeben

schen Bataillonen zu der Brigade D. erweitert, der auch weiterhin entscheidungsvolle Aufgaben zufielen. Ihrem ungeklärten Vormarsch auf Cernavoda wollten die Rumänen bei Vinita mit starken Kräften Halt gebieten. Die Brigade mußte hier in unüberwindlichem, bergigem Gelände eine unwegsame buschige Enge durchschreiten. Eine Infanterievorhut, verstärkt durch deutsche Panzer und eine Kanonenbatterie, schob sich vor, um dem Gros den Engpaß zu sichern. Der Vorstoß gelang. In leichten Gefechten wurde die Nachhut des Feindes zurückgeworfen und das Dorf Curu Orman bei andbrechender Dunkelheit genommen. Das Manentement hatte Schützenlinien entwickelt und sich am Dorfrand im Anschluß an die Infanterielinie festgesetzt. Das helle Licht des Vollmonds verlockte dazu, den errungenen Erfolg weiter auszunutzen. Unter Führung des Prinzen Wilhelm von Hessen brachen einige Jügel gegen die Raisfelder vor, in denen der Feind sich verdeckt eingegraben hatte. Sie bekamen heftiges Feuer, hatten aber geringe Verluste. Mit leuchtendem Heldenmut rief der Prinz erneut zum Stürmen. Er überannte mit seinen Getreuen die vorderste feindliche Stellung, stieß aber dann auf einen zweiten Graben, vor dem er mit seinen Leuten den Heldentod fand. Es gelang dem Gegner im Laufe der Nacht, die kritische Lage, in der er durch den Kühnen Vorstoß des Prinzen von Hessen geraten war, durch einen Planenangriff sich zu erleichtern. Das nachrückende Gros der Brigade D. sicherte jedoch am folgenden Tage den vollen Besitz der von der Vorhut gewonnenen Stellungen.

Auch hier war durch überraschendes, tatkräftiges Zugreifen die Selbstsicherheit des Gegners erschüttert worden. Seine Kräfte fluteten zurück, und unsere Vorhut blieb ihnen so auffällig an der Klinge, daß er erst wieder vor seiner vorbereiteten, befestigten Stellung südlich Rasova zum Stehen kam. Die bogenförmige Umfassung der feindlichen Kräfte ermöglichte es dem nördlich vorgebrungenen deutschen Flügel, den vor der bulgarischen Nachbardivision zurückweichenden Kolonnen wirkungsvoll in die Flanke zu schießen. Fast täglich boten sich unserer regsamem Artillerie dankbare Ziele vor der Front und seitwärts. Die Feuerüberfälle wirkten auf die nach Kriegsjahren Nerven der rumänischen Soldaten meist so verwirrend, daß ihre Verbände jeden Zusammenhang verloren. Am 15. September stieß die Brigade D. auf die feindliche Hauptstellung südlich Rasova. Auf Wochen gewaltiger Marschleistungen und täglicher Verfolgungsgesche, die von der Donau aus durch

die rumänischen Monitore belästigt worden waren, folgte ein bewegter Stellungskampf, indem zunächst erbitterte Angriffe verstärkter rumänischer Kräfte abzuwehren waren. Bei einem wichtigen Schlag unmittelbar vor der rumänischen Hauptstellung waren dem überfüllt stehenden Feind von deutschen Bataillonen noch sechs Geschütze und acht gefüllte Munitionswagen abgenommen worden.

In tapferen, zähen Gegenständen hatte unterdessen das bulgarische Detachement nördlich Dobric die Angriffskraft des Gegners aufgerieben. Er sah sich auf der ganzen Front der 3. bulgarischen Armee in die Verteidigung gedrängt und durch die Umfassung seiner westlichen Flanke durch die deutschen Truppen auf seinem Rückwege bedroht. Die Lage war strategisch für ihn so ungünstig geworden, daß er sich nur durch einen eiligen Rückzug der Vernichtung entziehen konnte. Am Abend des 16. September trifft beim Detachementkommando die Meldung ein, daß der Feind auf der ganzen Front zurückweicht. Harnäckigste Verfolgung wird befohlen. Der Feind leistet nur vereinzelt ernstesten Widerstand. In stärkster Anspannung aller Kräfte werden täglich große Geländestücke gewonnen. Der bulgarische General A., ein vorbildlicher Soldatenführer, der selbst ausrückend an der Spitze seiner Truppen weilt, um jede Gelegenheit, dem weichenden Feinde Verluste beizubringen, in unschätzbare Weise auszunutzen, erhält einen Armschuh. Am Tage vorher war sein in der Nähe stehendes Pferd von einer Granate getroffen worden. Neu eingeführte rumänische Brigaden werden in den rückwärtigen Strom mit hineingerissen. Das Gelände ist flach, fast baumlos und grau wie die Wasserfläche des Meeres. Zwischen bilden sich Mulden und niedere Höhen, als habe eine leichte Weile die trägen Massen in sanfte, flach auslaufende Wellenberge geschaukelt. Diese Erhebungen bieten einen weiten Blick über das Gelände. Ein geschlagener Feind kann sich hier nirgends verstecken. Erbarmungslos folgt ihn das Auge und der sichere Einschlag der hastig nachfolgenden Geschütze. Die Artilleristen halten reiche Ernte. Das Vorgehen ist bewegt von den dichten Schwärmen zurückflutender Infanterie, und die Kanoniere wissen vor verführerischen Zielen nicht, wo sie hinschießen sollen. Rumänische Regimenter, die aus den Karpaten eintreffen, und neue russische Verstärkungen fügen an der vorbereiteten Hauptstellung vor Cobadinu—Tropaijar die Verfolgung auf. Es bedurfte zunächst sorgfamer Vorbereitungen, um diese Stellungslinie zu überwinden.

Worben. Es läßt sich denken, daß diese Mitteilung bei den Angehörigen, unter denen der mit Urlaub nach Berlin gekommene Sohn der Verstorbenen war, große Bestürzung erregte. Man hatte doch — hielten sie dem Inspektor vor — bei der Küsterei der Kirchengemeinde vereinbart, daß die Beerdigung um 1/4 Uhr stattfinden sollte, und jetzt war es noch nicht 1/4 Uhr! Mit verlegenen Mäseln erwiderte er, daß er gemeint habe, es sei zu dieser Beerdigung niemand mit dem Zug angekommen und daher werde auch niemand an ihr teilnehmen. Er habe, fügte er hinzu, sich für berechtigt, in solchen Fällen nicht lange zu warten, sondern die Beerdigung baldigst auszuführen. Entrüstet über die Eigenmächtigkeit des Inspektors verlangte die Schwiegermutter der Verstorbenen, daß der Sarg wieder ausgegraben und geöffnet würde, damit der Sohn die Mutter noch einmal sehe. Der ratlose Inspektor führte das Trauergefolge an die Gruft, die bereits von Friedhofsarbeitern zugesperrt wurde, und ließ sich dazu herbei, anzuordnen, daß der schon halb in Erde stehende Sarg frei gemacht und geöffnet würde. Weil es aber schwer ausführbar schien, ihn aus der Gruft herauszuheben, und anderseits eine Besichtigung der Leiche nicht zu ermöglichen war, mußte schließlich die Familie auf Erfüllung ihres Wunsches verzichten. Die Friedhofsarbeiter setzten dann die unterbrochene Arbeit fort, die Erdhollen kollektieren hinab in die Gruft — und bald hatte sie sich über dem Sarg geschlossen. Begreiflich ist, daß bei den Teilnehmern der Beerdigung das ganze Vorkommnis eine überaus peinliche Empfindung zurückließ. Der Friedhofsinspektor suchte die Angehörigen zu beschwichtigen mit einer Erklärung, die dahin verstanden wurde, daß er es schon öfter so gemacht habe. Darüber könnten wir uns, falls das zutrifft, nicht wundern, da er sich ja für berechtigt zu dem von ihm geübten Verfahren hält. Es ist dringend zu wünschen, daß die ihm verantwortliche Behörde ihn scharf und nachdrücklich eines anderen befehlt.

Ausfertigungsstellen für Kleiderbezugscheine.

Die Vermehrung der Berliner Ausfertigungsstellen für Kleiderbezugscheine, die wiederholt im „Vorwärts“ gefordert wurde, schreitet fort. Nachdem wir in der vorigen Woche eine Vermehrung auf 30 melden konnten, steigt jetzt infolge weiterer Teilung von Ausfertigungsstellenbezirken die Gesamtzahl auf 34. Im Osten und im Norden der Stadt werden vier Bezirke, die noch zu groß sind, in zweimal vier Bezirke mit eigenen Ausfertigungsstellen zerlegt. Nach der am 4. Dezember in Kraft tretenden Neuabgrenzung bleiben bei der alten Ausfertigungsstelle am Warschauer Platz 4-8 die Stadtbezirke 167, 167 177B, E, F, kommen von ihr zu einer neuen Ausfertigungsstelle Fruchtstr. 63 die Stadtbezirke 168-176, 177A, C, D, bleiben bei der alten Ausfertigungsstelle Schönhauser Allee 103 die Stadtbezirke 249A bis G, 250B, E, kommen von ihr zu einer neuen Ausfertigungsstelle Graumstr. 38 die Stadtbezirke 250 A, C, D, 251-254, bleiben bei der alten Ausfertigungsstelle Streifergasse 41a/42 die Stadtbezirke 255-268, kommen von ihr zu einer neuen Ausfertigungsstelle Wöhlertstr. 8 die Stadtbezirke 272-278, bleiben bei der alten Ausfertigungsstelle Grünthaler Str. 5 die Stadtbezirke 321-324, 326, kommen von ihr zu einer neuen Ausfertigungsstelle Stügerstr. 17 die Stadtbezirke 315-320, 325. An der Abgrenzung der übrigen Ausfertigungsstellenbezirke, wie sie der „Vorwärts“ in Nr. 328 mitgeteilt hat, ändert sich einwörtlich nichts. Wann wird nun dem zweiten Wunsch, daß man auch die Bureauzeit der Ausfertigungsstellen erweitern möge, endlich Erfüllung werden? König ist, die Ausfertigungsstellen an den Wochentagen bis in die späteren Abendstunden und am Sonntag in den Vormittagsstunden offen zu halten.

Die Kundenliste des Schlächtermeisters.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelte gegen eine Schlächtermeisterin Schulz, deren Ehemann in der Verleumdung eine Schlächtereigenschaft betreibt. Die Angeklagte wurde beschuldigt, in den letzten Tagen des Monats September einer in die Kundenliste eingetragenen Frau den Verkauf von Schweinefleisch unberechtigt verweigert zu haben. Die Kundin hatte sich für die Zeit vom Oktober ab bei einem anderen Schlächter in die Liste eintragen lassen, aber selbstverständlich war sie bis Ende September noch zum Kauf bei Schulz berechtigt. Vor Gericht erklärte Frau Schulz, sie habe den Verkauf nur einstweilen abgelehnt, um ihren im Geschäft nicht anwesenden Ehemann später zu fragen, ob sie an diese Frau noch verkaufen sollte. Die weitere Behauptung, daß die Kundin übrigens erst wenige Tage vorher Schweinefleisch erhalten hätte, wurde durch die Zeugenaussage widerlegt. Am 7. September kaufte die Kundin zum letzten Male ihr Schweinefleisch, und am 28. September lehrte dann Frau Schulz ab, ihr noch etwas zu verkaufen, obwohl sie Schweinefleisch vorräthig hatte und auch die Nummer der Kundin aufgetragen war. Die zurückgewiesene Kundin beschwerte sich bei der Fleischverorgungsstelle auf dem Viehhof und erhielt den Bescheid, sie solle dem Schlächter nur sagen, daß er zum Verkauf an sie noch berechtigt sei. Sie ging am folgenden Tage nochmals in das Geschäft von Schulz, um dort Mitteilung von dem Ergebnis ihrer Beschwerde zu machen, und nun erst verkaufte man ihr das Fleisch. In der Gerichtsverhandlung erwählte der als Beistand der Angeklagten erschienenen Ehemann Schulz, daß damals über die Sache im „Vorwärts“ ein Artikel gegen seine Frau veröffentlicht worden sei, doch machte dieser im Ton der Entzündung vorgebrachte Hinweis keinen Eindruck auf das Gericht. Als der Amtsanwalt eine Geldstrafe von nur 3 M. beantragte, entsetzte dem Ehemann, der anscheinend eine höhere Strafe befürchtete, die Bemerkung: „Die 3 M. bezahlen wir, aber Unrecht ist es doch!“ Der Vorsitzende verwies ihm die Angehörigkeit: „Ja, als die Frau sich beschwert hatte, da erst wurde ihr das Fleisch verkauft!“ Das Gericht sprach die Angeklagte schuldig, hielt aber mit dem Amtsanwalt eine Geldstrafe von 3 M. für ausreichend. Die 3 M. zu bezahlen, wird dem Ehepaar nicht schwer werden.

Frauen im Dienste der Preisprüfungsstelle.

In letzter Zeit sind den Preisprüfungsstellen sehr häufig aus den Kreisen der kaufenden Bevölkerung lebhaftere Vorwürfe wegen mangelnder Richtigkeit gemacht worden. Wie sich in manchen Orten mit einem weitläufigen Tätigkeitsgebiet oder schwierig zu überschauenden Handelsverhältnissen für die Preisprüfungsstellen gezeigt hat, scheitert in der Tat die Aufgabe der Heberwahrung des Handels mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere die Preisprüfung, in bezug auf ihre tatkräftige Durchführung vor allem an dem Mangel an ausreichenden Hilfskräften. Wie die Volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamts jetzt mitteilt, hat die Preisprüfungsstelle Bitten einen Ausweg in der Weise gefunden, daß sie an die Frauenvereine herantrat, um aus ihren Kreisen die geeigneten Hilfskräfte zu gewinnen. Es hat sich daraufhin eine große Zahl von Hausfrauen erboten, die Preisüberwachung in der Weise auszuüben, daß sie regelmäßige Notizen über die gezahlten Preise machen und Höchstpreisüberschreitungen oder übermäßige Preissteigerungen auf den ihnen zur Verfügung gestellten Notendruck der Preisprüfungsstelle mitteilen. Das Verfahren hat sich sehr bewährt. Während im Anfang einige Übertretungen festgestellt wurden, hat seit langem kein Anlaß zum Einschreiten mehr vorgelegen.

Von dem hiesigen Fischverkauf. Der gestern vom Magistrat zum Verkauf gestellte Dorich war gleich nach Eröffnung der Stände ausverkauft. Tausende hatten vergeblich gestanden und gewartet. Unzufrieden über die vergebende kostbare Zeit zogen die Frauen ab, während immer noch neue Käuferinnen erschienen.

Vorträge über Säuglingspflege im letzten Schuljahre. Das Nachrichtenamt meldet die folgende sehr zu begrüßende Notiz: Die Schulpflicht hat sich grundsätzlich damit einverstanden erklärt, daß versuchsweise an einzelnen Stellen den Gemein-

schülerinnen des letzten Schuljahres von geeigneten Kräften Vorträge über Säuglings- und Kleinkinderpflege gehalten werden. Offenlich bleibt es nicht beim Versuch und nicht bei einzelnen Schulklassen.

Unzuverlässige Gewerbetreibende. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 23. September 1915 hat der Polizeipräsident von Berlin dem Wäckermeister Ferdinand Kleinopf, hier, Frankfurter Allee 303, den Handel mit Nahrungsmitteln, insbesondere mit Back- und Konditorwaren, wegen Unzuverlässigkeit in bezug auf diesen Handelsbetrieb untersagt; aus dem gleichen Grunde dem Agenten Leibsch Barinbaum in Berlin-Wilmersdorf, Kantenerstr. 8, dem Kaufmann David Rakowski in Charlottenburg, Kanstr. 128, dem Agenten Simcha Raab in Charlottenburg, Fritschestr. 37, und dem Kaufmann Max Kron, hier, Breitestr. 7, den Handel mit Gegenständen des Kriegsbedarfes.

Privatpakete ins Feld. Unter Bezugnahme auf die letzte Veröffentlichung über den Weihnachtsprivatpaketverkehr nach dem Felde wird nochmals darauf hingewiesen, daß der letzte Annahmetag für Privatpakete nach dem Felde, die über die Militärpaketämter geleitet werden, Sonnabend, der 9. Dezember, ist.

Entgleisung. Amlich wird vom 6. gemeldet: Heute vormittag 7 Uhr 28 Min. entgleiste am westlichen Ende des Bahnhofs 2, Gleis 11, auf dem Schleichenden Bahnhof der in der Ausfahrt nach Jannowitzbrücke befindliche Stadtbahnzug 1752 mit der Lokomotive und dem folgenden Wagen. Personen nicht verletzt; Materialschaden gering; der Stadtverkehr wurde mit geringen Verspätungen durchgeführt.

Ein tödlicher Straßenunfall. An der Ecke der Wilsnader- und Birkenstraße in Moabit wollte der 53jährige Kaufmann Friedrich Jüch noch kurz vor einem herannahenden Straßenbahnwagen das Gleis überschreiten, wurde von dem Wagen erfasst und untergerissen. Bei dem Sturz erlitt er eine schwere Kopfverletzung, an deren Folgen er auf dem Transport zum Krankenhaus starb.

Von einem Kohlenwagen überfahren und getötet wurde an der Ecke der Berliner und Neuen Wollmannstraße zu Charlottenburg ein Knabe von etwa 13 Jahren. Als der Knabe das Unheil, das er angerichtet hatte, sah, fuhr er rasch davon, so daß er nicht festgestellt werden konnte. Dinten am Wagen sah man nur die Geschäftsbezeichnung „Anthrazit Schulze“. Hiernach wird er wohl bald ermittelt werden.

Aus den Gemeinden.

Schöneberg. Die Kassenstellen der Sparkasse werden fortan an jedem Freitag und Sonnabend nachmittag von 5 1/2 bis 8 Uhr für Einzahlungen geöffnet sein. Auszahlungen finden zu diesen Stunden nicht statt.

Neuhaus. Der Magistrat bringt in nächster Zeit für die Bevölkerung einen Wagon geschlachteter Gänse durch die Schlächtermeister zum Verkauf. Außerdem werden erneut lebende Hühner zum Preise von 3 M. das Pfund an die Einwohner abgegeben. An Ränderheringen sind weitere 8000 Krüten beschafft. Die Stadtverwaltung bereitet die Errichtung einer eigenen Fischzucht vor. Zur vorzugsweisen Berücksichtigung der Schwärmer und der Arbeiter in der Nahrungindustrie sind an Fabriken mehrere Tennen Heringe verteilt worden. Die Abgabe von Reis, Grieß und Graupen an diese Fabriken wird in den nächsten Tagen erfolgen. Für Kinder bis zu 2 Jahren soll eine Juckerzuckerkarte über ein halbes Pfund monatlich ausgegeben werden. Personen, die von dem Recht des Umtausches von Fleischarten Gebrauch machen wollen, können an Stelle von 250 Gramm Fleisch 375 Gramm Grieß, Graupen oder Hülsenfrüchte erhalten.

Treptow. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung teilte der Bürgermeister mit, daß der Fabrikbesitzer Franz Stod der Gemeinde eine Million Mark überlassen hat zur Gründung eines Wohlfortsbauwesens, in dem hauptsächlich Kinder gefallener Krieger bis zu ihrer Erwerbsfähigkeit untergebracht werden sollen.

Reinickendorf. Ein Sittlichkeitsverbrechen an der fünfjährigen Tochter seiner Nachbarin verübte ein zum Militärdienst eingezogener hiesiger Kellner, der sich einige Tage auf Urlaub hier aufhielt. Da die erkrankte Mutter einen Arzt aussuchen mußte, erbot er sich, ihre Kinder zu beaufsichtigen und zu betreuen; während dieser Zeit verging er sich an der Kleinen. Er ist wegen des gleichen Verbrechens bereits vorbestraft.

Weißensee. Die der Milchwannt zur Verfügung stehende Milch wird von jetzt ab an den nachstehenden drei Stellen abgegeben werden: 1. für den zwischen Prenzlauer Promenade, Wilhelm- und Schönhauser gelegenen Ortsteil in der Köpenicker, 2. in den Räumen der Speiseanstalt; 2. für den zwischen Schönstraße, Wilhelmstraße, Berliner Grenze, Lichtenberger Straße, Uferpromenade, Amalienstraße bis zur Schönstraße gelegenen Ortsteil in der Turnhalle Wöthstraße Ecke Strahburgstraße; 3. für den übrigen Teil des Ortes im Hause Cafelestr. 3. Für die Milchkarteninhaber erfolgt die Ausgabe der Milch von 8 1/2 bis 9 Uhr, für alle anderen Käufer von 9 bis 10 Uhr.

Soziales.

Aus dem Mannschaftsversorgungsrecht.

Eine sehr gefährliche Vorschrift enthält der § 31 des Mannschaftsversorgungsgesetzes. Dort heißt es, daß die Versorgungsgebühren entzogen werden können, wenn erwiesen ist, daß die Voraussetzungen, unter denen sie bewilligt waren, den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen. Durch diese Vorschrift wird den Militärbehörden ein Recht eingeräumt, das sonst nirgends besteht. Das — um einen analogen Fall heranzuziehen — eine Berufsgenossenschaft eine Rente festsetzt, weil sie von der Voraussetzung ausging, daß die Versicherungspflicht bestand, dann ist sie an den von ihr erteilten Bescheid gebunden und sie hat die Rente unter allen Umständen weiterzugewähren, wenn es ihr nicht gelingt, im Wiederanforderfahren durch neue Urkunden, die sie beibringt, nachzuweisen, daß sie sich geirrt hat. Sie kann also nicht ohne weiteres die Rente wieder einstellen, sondern sie muß durch ein besonderes gerichtliches Verfahren versuchen, den Irrtum zu beseitigen. Anders kann die Militärbehörde verfahren. Nach der oben erwähnten Vorschrift kann sie ohne weiteres die Rente zur Einstellung bringen, wenn die Gebühren durch einen Irrtum oder ein Versehen nicht den gesetzlichen Vorschriften gemäß festgesetzt worden sind, also zum Beispiel, wenn sie von der irrigen Voraussetzung ausging, daß der Betreffende Soldat gewesen sei, als er krank oder verwundet wurde.

So ging es einem Berliner Hausdiener, der als Wogebauarbeiter im Dezember 1914 nach Belgien ging und dort nach ganz kurzer Zeit infolge schwerer Arbeit herzleidend wurde. Er kam zunächst in belgische, dann in deutsche Lazarette, und er ist dort überall als Wogebauarbeiter bezeichnet worden. Die Bescheinigungen, die ihm von diesen Lazaretten ausgestellt worden sind, bezeichnen ihn sämtlich als solchen. Nach seiner Entlassung war er noch immer gänzlich erwerbsunfähig, und er bekam nun vom 2. Garderegiment den Bescheid, der allerdings an den Grenadier M. B. gerichtet war, daß ihm die Vollrente für Gemeine mit 540 M., sowie die Kriegszulage von monatlich 15 M. bewilligt worden sei. Er hat die Rente auch bis zum Mai 1916 erhoben, und damals wurde ihm eröffnet, es könne ihm keine Rente mehr gezahlt werden, weil er nicht als Soldat krank geworden sei. Es ist dann auch von der Militärbehörde aus der Anspruch bei der Ausführungsbehörde, d. h. der königlichen Intendantur der militärischen Institute, und zwar als

Betriebsunfall angemeldet worden. Diese hat jedoch die Entschädigung abgelehnt, weil ihrer Meinung nach kein Betriebsunfall vorliegt, und der infolge seines Leidens ganz apathisch gewordenen B. hat den Bescheid leider rechtskräftig werden lassen. Nachdem er geraume Zeit von der Militärbehörde nichts weiter gehört hatte, wurde ihm kürzlich eröffnet, daß er verpflichtet sei, die früher ihm irrthümlich auf Grund des Mannschaftsversorgungsgesetzes gezahlte Rente in Höhe von 420 M. zurückzugeben und daß er außerdem die Versorgungsgebühren für den Lazarettaufenthalt in Höhe von 241,20 M. gleichfalls zurückzahlen müsse, und daß er, wenn er nicht binnen zwei Wochen diesem Ersuchen nachkomme, zu gewärtigen habe, daß Zwangsbeitreibung erfolge. Daß die Versorgungsabteilung des 2. Garderegiments glaubt, derartig vorgehen zu können, zeigt die Gefährlichkeit der Bestimmung des § 31. Ohne einen schriftlichen Bescheid erteilt zu haben, durch den für den Inhabenden der Instanzzug von neuem eröffnet worden wäre, wo sich Gelegenheit geboten hätte, nachzuprüfen, ob wirklich ein Irrtum der Militärbehörde nach Lage des Falles vorliegen konnte, oder ob sie nicht lediglich ein sehr großes Verschulden trifft, das sie dann selbst zu tragen hätte, wird nicht nur die Rente entzogen, sondern der Arbeiter läuft auch noch Gefahr, daß ihm die wenigen pfändbaren Gegenstände, die er besitzt, aus dem Hause geholt werden. Es ist natürlich mit dem erteilten Bescheid die Sache noch nicht zu Ende, es wird versucht werden, auf dem Wege eines Streitverfahrens den Sachverhalt zu klären, aber schon, daß der Fall so weit gediehen konnte, wie er gediehen ist, zwingt, auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die unter Umständen den Beteiligten drohen. Es wäre Sache der Regierung, eventuell des Reichstags, hier für Abhilfe zu sorgen. (z)

Löhnungszahlung an die Angehörigen von Kriegsgefangenen und Vermißten.

An die Angehörigen Kriegsgefangener oder Vermißter kann die Löhnung ganz oder zum Teil gezahlt werden. Voraussetzung ist jedoch, daß der Kriegsgefangene oder Vermißte ganz oder überwiegend der Ernährer der betreffenden Angehörigen gewesen ist und diese bedürftig sind. Ob dieses der Fall ist, muß durch eine Bescheinigung der Ortspolizeibehörde nachgewiesen werden.

Zu den Angehörigen gehören nicht nur die Ehefrau und die ehelichen oder legitimirten Abkömmlinge, sondern auch Verwandte der aufsteigenden Linie, Geschwister, Geschwisterkinder oder Pflegekinder, deren Ernährer die Kriegsgefangenen usw. in dem oben bezeichneten Umfange waren.

Die Bewilligung erfolgt durch dasjenige Bataillonskommando, dem der Kriegsgefangene oder Vermißte vor seiner Gefangennahme bzw. seinem Vermißtsein unterstellt war. Anträge sind daher nur an diese Dienststellen zu richten. Die Entscheidung über die Höhe des Betrages und den Zeitpunkt des Beginns der Zahlung steht letzterem endgültig zu. Es kann die Zahlung bereits nach Ablauf des dritten Monatsdrittels nach dem Monatsdrittelle, an dem die Gefangenschaft oder das Vermißtwerden erfolgte, beginnen.

Eventuelle Löhnungszuschüsse, die dem Ernährer der Angehörigen zustanden, werden nicht an die Angehörigen gezahlt, wohl aber eine etwaige Unterfunksentschädigung, da in der Löhnung eine Entschädigung für die Unterfunks nicht enthalten ist.

Für Angehörige Kriegsgefangener Offiziere und Unterbeamtenstellvertreter wird nur die entsprechende Löhnung nach den Sätzen für Feldweibel, Vizefeldweibel oder Sergeanten bewilligt, da mit dem Augenblick der Kriegsgefangenschaft die Verwendung in einer Offiziers- oder Unterbeamtenstelle und damit der Grund zu einer besonderen Besoldung aufhört.

Aus aller Welt.

Marke „Hindenburg“.

In der in Wilna erscheinenden Zeitung der 10. Armee listet der Wehrmann Paul Angrek seinen Zeitgenossen folgenden Spruch, der zeitgemäß genug ist:

Jedermann staunt in dem Weltkrieg, über die herrlichen Hindenburg-Siege. Immer zur richtigen Zeit schlagerbereit, jedermann staunt ob der Vielseitigkeit. Jedermann staunt, der ins Zeitungsbüro stiert, was unser Heerführer außerdem — führt! Hindenburg-Honig — Hindenburg-Schmierz, Hindenburg-Hognal — Hindenburg-Biere, Hindenburg-Schnitzel und Hindenburg-Speis, Hindenburg-Kaffee und Hindenburg-Eis, Hindenburg-Meis und Hindenburg-Torte, Hindenburg-Tabak — Hindenburg-Sorte, Hindenburg-Wasser — Hindenburg-Frische, Hindenburg-Streichholz — Hindenburg-Lichte, Hindenburg-Wische — Hindenburg-Feit, Hindenburg-Stiesel — Hindenburg-Wett, Hindenburg-Schliffe — Hindenburg-Fächer, Hindenburg-Vleisch — Hindenburg-Bücher, Hindenburg-Tropfen — Hindenburg-Billen, Hindenburg-Gläser — Hindenburg-Brillen, Hindenburg-Uhren — Hindenburg-Ringe, und tausend andere Hindenburg-Dinge! Alles führt! Hindenburg, wozu ich blide, Marischal, wo haste die große Fabrike?

Schiffszusammenstoß. In der Meerenge von Gibraltar stieß der portugiesische Dampfer „Itha do Foga“ mit dem italienischen Dampfer „Amelia Campisi“ zusammen, der sank. Der Kapitän, der zweite Offizier und 11 Offiziere ertranken. Beide Dampfer hatten Kohlenladung nach Italien. „Campisi“ soll von einem U-Boot verfolgt gewesen sein. „Itha do Foga“ ist ein deutscher Besatzungsamt Dampfer.

Stürme an der Nordsee. Seit dem 2. Dezember rufen orkanartige Stürme über die Nordsee längs der norwegischen Küste. Gleichzeitig herrscht Regen und Nebel. Im Schiffsverkehr, namentlich nach England, ist Verwirrung eingetreten. Die letzte englische Post ist ausgeblieben. Es ist unbestimmt, wann die nächste Post zu erwarten ist. Vor Stabanger sind treibende Minen beobachtet worden. (Frankf. Ztg.)

Briefkasten der Redaktion.

G. B. 102. 1. Rein, erst nach dem Kriege. 2. Sie haben nur Anspruch auf die Sergeantenlöhnung, auf die Beförderung nicht. 3. 4 1/2 Jahre. 4. Rein, das wird erst nach dem Kriege gemacht. — Ecclesia militans. Soweit die Mannschaften einer Landesstirke angehören, können sie, wenn sich nicht genug freiwillige zum Kirchgang melden, dazu kommandiert werden. — „Vorwärts“-Leier 1900. 1. Mit dem vollendeten 16. Lebensjahre sind die Beiträge verpflichtend und müssen Sie unwillkürlich zahlen. 2. Die Scheidungsfrage muß vom Rechtsanwalt beim Landgericht eingereicht werden. Sie können auch nach der Scheidung zum Unterhalt Ihrer Frau verpflichtet werden. — G. B. 101. 1. Die Unterhaltung wird in diesem Falle verweigert werden, da bei der von Ihnen angegebenen Unterhaltung des Unternehmers die im Gesetz vorgeschriebene Bedürftigkeit nicht als vorliegend erachtet wird. — G. B. 101. 2. 1. Um nicht weitere Unzutrefflichkeiten zu haben, werden Sie die Sache gerichtlich entscheiden lassen müssen. 2. Ja. 3. Ja. — G. B. 101. Sie haben Anspruch auf Ausnahmestellung. Der Antrag ist bei der Gemeindebehörde zu stellen. — G. B. 101. 1. Da die Verordnung mit Wirkung vom 1. Dezember an in Kraft treten soll, hätten Sie noch Anspruch auf die Unterhaltung bis zum 15. Dezember. 2. Ja. — G. B. 101. Die näheren Bedingungen darüber sind uns nicht bekannt; Ansuchen darüber werden Sie im Bureau der Charité erhalten. — Kronenträger 2. 1. Von einer Erhöhung ist uns nichts bekannt. 2. Rein. — G. B. 107. 1. Der außerordentliche Sohn ist dem Vater gegenüber nicht erbberechtigt. 2. und 3. Wenn das Testament rechtsgültig ist, ist deshalb eine Anfechtung ausgeschlossen. — G. B. 107. 1. Sie brauchen sich nicht zu melden und können Erbe abwarten. 2. Uns ist davon nichts bekannt. 3. Polizeipräsident. 4. Das könnte mit Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes geschehen. 5. Sie haben keinen rechtlichen Anspruch auf Wiedererstattung und können dagegen nichts unternehmen.